

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Übereinkommen über das Recht

der nichtschifffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe

A. Problem und Ziel

Das am 21. Mai 1997 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit breiter Mehrheit angenommene Übereinkommen über das Recht der nichtschifffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe soll die Zusammenarbeit und Rücksichtnahme zwischen den Flussanrainerstaaten verbessern. Es verfolgt als erstes Übereinkommen in diesem Bereich einen weltweiten Geltungsanspruch. Das Übereinkommen soll insbesondere auch zur Vermeidung und friedfertigen Lösung zwischenstaatlicher Konflikte um die knappe Ressource Süßwasser beitragen.

In dem Übereinkommen werden die Vertragsparteien zu einer gerechten und vernünftigen Nutzung und der Vermeidung bedeutender Schäden für andere Flussanrainerstaaten verpflichtet. Das Übereinkommen kodifiziert die bisher ungeschriebene Regelung über gut-nachbarliches Verhalten bei der Nutzung grenzüberschreitender Binnengewässer. Die Bundesrepublik Deutschland befolgt diese Grundsätze bereits seit langem. Sie sind in den völkerrechtlichen Verträgen mit den Nachbarstaaten verankert und werden auch in der wasserwirtschaftlichen Praxis angewendet.

B. Lösung

Das Vertragsgesetz soll nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes die Voraussetzungen für eine Ratifizierung des Übereinkommens schaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Weder der Bund noch die Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes mit zusätzlichen Kosten belastet.

2. Vollzugaufwand

Durch die Ausführung des Gesetzes entstehen für die Haushalte des Bundes, der Länder oder Gemeinden ebenfalls keine zusätzlichen Kosten.

E. Sonstige Kosten

Durch das Gesetz entstehen für die inländische Wirtschaft keine nachteiligen Auswirkungen. Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, werden sich nicht erhöhen.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, den 11. Februar 2006

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen über das Recht
der nichtschiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe

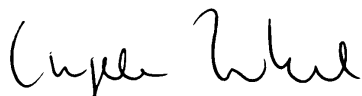
mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-
sicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 819. Sitzung am 10. Februar 2006 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf
Gesetz
zu dem Übereinkommen über das Recht
der nichtschifffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 13. August 1998 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 21. Mai 1997 über das Recht der nichtschifffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 36 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich, soweit es in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften fällt, auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen über das Recht der nichtschiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe Regelungen des Verwaltungsverfahrens der Landesbehörden enthält.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Das Gesetz wird sich positiv auf den weltweiten internationalen Gewässerschutz auswirken.

Weder der Bund noch die Länder oder die Gemeinden werden durch die Ausführung des Vertragsgesetzes mit zusätzlichen Kosten belastet, da für die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsänderungen erforderlich sein werden. Auch für die inländische Wirtschaft ergeben sich keine nachteiligen Auswirkungen.

Übereinkommen
über das Recht der
nichtschiiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe

Convention
on the law of the non-navigational
uses of international watercourses

Convention
sur le droit relatif aux utilisations des cours
d'eau internationaux à des fins autres que la navigation

(Übersetzung)

The Parties to the present Convention,	Les Parties à la présente Convention,	Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –
Conscious of the importance of international watercourses and the non-navigational uses thereof in many regions of the world,	Conscientes de l'importance des cours d'eau internationaux et de leurs utilisations à des fins autres que la navigation dans de nombreuses régions du monde,	im Bewusstsein der Bedeutung internationaler Wasserläufe und ihrer nichtschiiffahrtlichen Nutzung in vielen Regionen der Erde,
Having in mind Article 13, paragraph 1 (a), of the Charter of the United Nations, which provides that the General Assembly shall initiate studies and make recommendations for the purpose of encouraging the progressive development of international law and its codification,	Ayant à l'esprit le paragraphe 1 a) de l'Article 13 de la Charte des Nations Unies, qui dispose que l'Assemblée générale provoque des études et fait des recommandations en vue d'encourager le développement progressif du droit international et sa codification,	eingedenk des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe a der Charta der Vereinten Nationen, der vorsieht, dass die Generalversammlung Untersuchungen veranlasst und Empfehlungen abgibt, um die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu begünstigen,
Considering that successful codification and progressive development of rules of international law regarding non-navigational uses of international watercourses would assist in promoting and implementing the purposes and principles set forth in Articles 1 and 2 of the Charter of the United Nations,	Considérant qu'une codification et un développement progressif adéquats de règles du droit international régissant les utilisations des cours d'eau internationaux à des fins autres que la navigation contribueraient à la promotion et à la mise en œuvre des buts et principes énoncés aux Articles premier et 2 de la Charte,	in der Erwägung, dass die erfolgreiche Kodifizierung und die fortschreitende Entwicklung von Regeln des Völkerrechts in Bezug auf die nichtschiiffahrtliche Nutzung internationaler Wasserläufe zur Förderung und Verwirklichung der in den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen genannten Ziele und Grundsätze beitragen würde,
Taking into account the problems affecting many international watercourses resulting from, among other things, increasing demands and pollution,	Tenant compte des problèmes affectant de nombreux cours d'eau internationaux qui résultent, entre autres, de l'accroissement de la consommation et de la pollution,	unter Berücksichtigung der unter anderem von der immer stärkeren Inanspruchnahme und Verschmutzung herrührenden Probleme, von denen viele internationale Wasserläufe betroffen sind,
Expressing the conviction that a framework convention will ensure the utilization, development, conservation, management and protection of international watercourses and the promotion of the optimal and sustainable utilization thereof for present and future generations,	Convaincues qu'une Convention-cadre permettra d'utiliser, de mettre en valeur, de conserver, de gérer et de protéger les cours d'eau internationaux, ainsi que d'en promouvoir l'utilisation optimale et durable au bénéfice des générations actuelles et futures,	unter Bekundung der Überzeugung, dass ein Rahmenübereinkommen die Nutzung, die Entwicklung, die Erhaltung, die Bewirtschaftung und den Schutz internationaler Wasserläufe sowie die Förderung ihrer optimalen und nachhaltigen Nutzung für heutige und künftige Generationen sicherstellen wird,
Affirming the importance of international cooperation and good-neighbourliness in this field,	Affirmant l'importance de la coopération internationale et du bon voisinage dans ce domaine,	in Bekräftigung der Bedeutung internationaler Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen auf diesem Gebiet,
Aware of the special situation and needs of developing countries,	Conscientes de la situation et des besoins particuliers des pays en développement,	in Anbetracht der besonderen Situation und der besonderen Bedürfnisse von Entwicklungsländern,

Recalling the principles and recommendations adopted by the United Nations Conference on Environment and Development of 1992 in the Rio Declaration and Agenda 21,

Recalling also the existing bilateral and multilateral agreements regarding the non-navigational uses of international watercourses,

Mindful of the valuable contribution of international organizations, both governmental and non-governmental, to the codification and progressive development of international law in this field,

Appreciative of the work carried out by the International Law Commission on the law of the non-navigational uses of international watercourses,

Bearing in mind United Nations General Assembly resolution 49/52 of 9 December 1994,

Have agreed as follows:

Part I

Introduction

Article 1

Scope of the present Convention

1. The present Convention applies to uses of international watercourses and of their waters for purposes other than navigation and to measures of protection, preservation and management related to the uses of those watercourses and their waters.

2. The uses of international watercourses for navigation is not within the scope of the present Convention except insofar as other uses affect navigation or are affected by navigation.

Article 2

Use of terms

For the purposes of the present Convention:

- (a) "Watercourse" means a system of surface waters and groundwaters constituting by virtue of their physical relationship a unitary whole and normally flowing into a common terminus;
- (b) "International watercourse" means a watercourse, parts of which are situated in different States;

Rappelant les principes et recommandations adoptés par la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement, tenue en 1992, dans la Déclaration de Rio et Action 21,

Rappelant également les accords bilatéraux et multilatéraux régissant les utilisations des cours d'eau internationaux à des fins autres que la navigation,

Ayant à l'esprit la contribution précieuse des organisations internationales, gouvernementales comme non gouvernementales, à la codification et au développement progressif du droit international dans ce domaine,

Satisfaites de l'œuvre accomplie par la Commission du droit international concernant le droit relatif aux utilisations des cours d'eau internationaux à des fins autres que la navigation,

Gardant à l'esprit la résolution 49/52 de l'Assemblée générale des Nations Unies en date du 9 décembre 1994,

Sont convenues de ce qui suit:

Première partie

Introduction

Article premier

Champ d'application de la présente Convention

1. La présente Convention s'applique aux utilisations des cours d'eau internationaux et de leurs eaux à des fins autres que la navigation et aux mesures de protection, de préservation et de gestion liées aux utilisations de ces cours d'eau et de leurs eaux.

2. La présente Convention ne s'applique à l'utilisation des cours d'eau internationaux aux fins de la navigation que dans la mesure où d'autres utilisations ont une incidence sur la navigation ou sont affectées par elle.

Article 2

Expressions employées

Aux fins de la présente Convention:

- a) L'expression «cours d'eau» s'entend d'un système d'eaux de surface et d'eaux souterraines constituant, du fait de leurs relations physiques, un ensemble unitaire et aboutissant normalement à un point d'arrivée commun;
- b) L'expression «cours d'eau international» s'entend d'un cours d'eau dont les parties se trouvent dans des États différents;

unter Hinweis auf die Grundsätze und Empfehlungen, die von der 1992 abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in der Erklärung von Rio und in der Agenda 21 verabschiedet wurden,

ferner unter Hinweis auf die bestehenden zwei- und mehrseitigen Übereinkünfte über die nichtschifffahrtliche Nutzung internationaler Wasserläufe,

in Würdigung des von staatlichen wie auch nichtstaatlichen internationalen Organisationen geleisteten wertvollen Beitrags zur Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts auf diesem Gebiet,

in Anerkennung der von der Völkerrechtskommission geleisteten Arbeit im Hinblick auf das Recht der nichtschifffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe,

eingedenk der Resolution 49/52 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1994 –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Einleitung

Artikel 1

Geltungsbereich dieses Übereinkommens

(1) Dieses Übereinkommen findet auf die Nutzung internationaler Wasserläufe und ihres Wassers für andere Zwecke als für die Schifffahrt sowie Schutz-, Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung dieser Wasserläufe und ihres Wassers Anwendung.

(2) Dieses Übereinkommen findet auf die Nutzung internationaler Wasserläufe für die Schifffahrt nur insoweit Anwendung, als sich andere Nutzungen auf die Schifffahrt auswirken, oder die Schifffahrt sich auf diese anderen Nutzungen auswirkt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

- a) bedeutet „Wasserlauf“ ein aufgrund der physikalischen Wechselbeziehung ein einheitliches Ganzes bildendes System aus Oberflächenwasser und Grundwasser, das normalerweise in ein gemeinsames aufnehmendes Gewässer fließt;
- b) bedeutet „internationaler Wasserlauf“ einen Wasserlauf, dessen Teile in verschiedenen Staaten gelegen sind;

- (c) "Watercourse State" means a State Party to the present Convention in whose territory part of an international watercourse is situated, or a Party that is a regional economic integration organization, in the territory of one or more of whose Member States part of an international watercourse is situated;
- (c) L'expression «État du cours d'eau» s'entend d'un État partie à la présente Convention dans le territoire duquel se trouve une partie d'un cours d'eau international ou d'une Partie qui est une organisation d'intégration économique régionale dans le territoire d'un ou plusieurs États membres de laquelle se trouve une Partie d'un cours d'eau international;
- (c) bedeutet „Wasserlaufstaat“ einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens, in dessen Hoheitsgebiet ein Teil eines internationalen Wasserlaufs gelegen ist, oder eine Vertragspartei, die eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration ist und unter deren Mitgliedstaaten einer oder mehrere sind, in deren Hoheitsgebiet ein Teil eines internationalen Wasserlaufs gelegen ist;
- (d) "Regional economic integration organization" means an organization constituted by sovereign States of a given region, to which its member States have transferred competence in respect of matters governed by this Convention and which has been duly authorized in accordance with its internal procedures, to sign, ratify, accept, approve or accede to it.
- (d) L'expression «organisation d'intégration économique régionale» s'entend de toute organisation créée par les États souverains d'une région donnée, à laquelle ses États membres ont cédé leur compétence à raison des questions régies par la présente Convention et qui est dûment autorisée conformément à ses procédures internes à signer, à ratifier, à accepter ou à approuver la Convention ou à adhérer.
- (d) bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“ eine von souveränen Staaten einer bestimmten Region gebildete Organisation, der ihre Mitgliedstaaten Zuständigkeit für die durch dieses Übereinkommen erfassten Angelegenheiten übertragen haben und die im Einklang mit ihrem internen Verfahren ordnungsgemäß ermächtigt ist, das Übereinkommen zu unterzeichnen, zu ratifizieren, anzunehmen, zu genehmigen oder ihm beizutreten.

Article 3

Watercourse agreements

1. In the absence of an agreement to the contrary, nothing in the present Convention shall affect the rights or obligations of a watercourse State arising from agreements in force for it on the date on which it became a party to the present Convention.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, parties to agreements referred to in paragraph 1 may, where necessary, consider harmonizing such agreements with the basic principles of the present Convention.

3. Watercourse States may enter into one or more agreements, hereinafter referred to as "watercourse agreements", which apply and adjust the provisions of the present Convention to the characteristics and uses of a particular international watercourse or part thereof.

4. Where a watercourse agreement is concluded between two or more watercourse States, it shall define the waters to which it applies. Such an agreement may be entered into with respect to an entire international watercourse or any part thereof or a particular project, programme or use except insofar as the agreement adversely affects, to a significant extent, the use by one or more other watercourse States of the waters of the watercourse, without their express consent.

5. Where a watercourse State considers that adjustment and application of the provisions of the present Convention is required because of the characteristics and uses of a particular international

Article 3

Accords de cours d'eau

1. À moins que les États du cours d'eau n'en soient convenus autrement, la présente Convention ne modifie en rien les droits ou obligations résultant pour ces États d'accords en vigueur à la date à laquelle ils sont devenus parties à la présente Convention.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les Parties à des accords visés au paragraphe 1 peuvent, si besoin est, envisager de mettre lesdits accords en harmonie avec les principes fondamentaux de la présente Convention.

3. Les États du cours d'eau peuvent conclure un ou plusieurs accords, ci-après dénommés «accords de cours d'eau», qui appliquent et adaptent les dispositions de la présente Convention aux caractéristiques et aux utilisations d'un cours d'eau international particulier ou d'une partie d'un tel cours d'eau.

4. Lorsqu'un accord de cours d'eau est conclu entre deux ou plusieurs États du cours d'eau, il doit définir les eaux auxquelles il s'applique. Un tel accord peut être conclu pour un cours d'eau international tout entier, ou pour une partie quelconque d'un tel cours d'eau, ou pour un projet ou un programme particulier, ou pour une utilisation particulière, dans la mesure où cet accord ne porte pas atteinte, de façon significative, à l'utilisation des eaux du cours d'eau par un ou plusieurs États du cours d'eau sans le consentement exprès de cet État ou ces États.

5. Lorsqu'un État du cours d'eau estime qu'il faudrait adapter et appliquer les dispositions de la présente Convention en raison des caractéristiques et des utilisations d'un cours d'eau international

Artikel 3

Wasserlaufübereinkünfte

(1) Soweit nicht eine anderslautende Vereinbarung besteht, lässt dieses Übereinkommen die Rechte und Pflichten eines Wasserlaufstaats aus Übereinkünften, die zu dem Zeitpunkt, als er Vertragspartei dieses Übereinkommens wurde, für ihn in Kraft waren, unberührt.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 können Vertragsparteien der in Absatz 1 genannten Übereinkünfte erforderlichenfalls die Angleichung solcher Übereinkünfte an die wesentlichen Grundsätze dieses Übereinkommens in Erwägung ziehen.

(3) Die Wasserlaufstaaten können eine oder mehrere Übereinkünfte schließen, im Folgenden als „Wasserlaufübereinkünfte“ bezeichnet, durch die dieses Übereinkommen auf die Merkmale und Nutzungen eines bestimmten internationalen Wasserlaufs oder eines Teils davon angewandt und angepasst wird.

(4) Wird zwischen zwei oder mehr Wasserlaufstaaten eine Wasserlaufübereinkunft geschlossen, so sind darin die Gewässer festzulegen, auf die diese Übereinkunft Anwendung findet. Eine solche Übereinkunft kann für die Gesamtheit eines internationalen Wasserlaufs oder einen Teil davon oder für ein bestimmtes Vorhaben oder Programm oder eine bestimmte Nutzung geschlossen werden, es sei denn, die Übereinkunft wirkt sich in beträchtlichem Maße nachteilig auf die Nutzung des Wassers des Wasserlaufs durch einen oder mehrere andere Wasserlaufstaaten aus, ohne dass diese ausdrücklich zugestimmt haben.

(5) Ist ein Wasserlaufstaat der Ansicht, dass die Anpassung und Anwendung dieses Übereinkommens aufgrund der Merkmale und Nutzungen eines bestimmten internationalen Wasserlaufs geboten ist,

watercourse, watercourse States shall consult with a view to negotiating in good faith for the purpose of concluding a watercourse agreement or agreements.

6. Where some but not all watercourse States to a particular international watercourse are parties to an agreement, nothing in such agreement shall affect the rights or obligations under the present Convention of watercourse States that are not parties to such an agreement.

Article 4
Parties
to watercourse agreements

1. Every watercourse State is entitled to participate in the negotiation of and to become a party to any watercourse agreement that applies to the entire international watercourse, as well as to participate in any relevant consultations.

2. A watercourse State whose use of an international watercourse may be affected to a significant extent by the implementation of a proposed watercourse agreement that applies only to a part of the watercourse or to a particular project, programme or use is entitled to participate in consultations on such an agreement and, where appropriate, in the negotiation thereof in good faith with a view to becoming a party thereto, to the extent that its use is thereby affected.

Part II
General Principles

Article 5
Equitable and reasonable
utilization and participation

1. Watercourse States shall in their respective territories utilize an international watercourse in an equitable and reasonable manner. In particular, an international watercourse shall be used and developed by watercourse States with a view to attaining optimal and sustainable utilization thereof and benefits therefrom, taking into account the interests of the watercourse States concerned, consistent with adequate protection of the watercourse.

2. Watercourse States shall participate in the use, development and protection of an international watercourse in an equitable and reasonable manner. Such participation includes both the right to utilize the watercourse and the duty to cooperate in the protection and development thereof, as provided in the present Convention.

particulier, les États du cours d'eau se consultent en vue de négocier de bonne foi dans le but de conclure un accord ou des accords de cours d'eau.

6. Lorsque certains États du cours d'eau d'un cours d'eau international particulier, mais non pas tous, sont parties à un accord, aucune disposition de cet accord ne porte atteinte aux droits et obligations qui découlent de la présente Convention pour les États du cours d'eau qui n'y sont pas parties.

Article 4
Parties
aux accords de cours d'eau

1. Tout État du cours d'eau a le droit de participer à la négociation de tout accord de cours d'eau qui s'applique au cours d'eau international tout entier et de devenir partie à un tel accord, ainsi que de participer à toutes consultations appropriées.

2. Un État du cours d'eau dont l'utilisation du cours d'eau international risque d'être affectée de façon significative par la mise en œuvre d'un éventuel accord de cours d'eau ne s'appliquant qu'à une partie du cours d'eau, ou à un projet ou programme particulier, ou à une utilisation particulière, a le droit de participer à des consultations sur cet accord et, le cas échéant, à sa négociation de bonne foi afin d'y devenir partie, dans la mesure où son utilisation du cours d'eau en serait affectée.

Deuxième partie
Principes généraux

Article 5
Utilisation et participation
équitable et raisonnables

1. Les États du cours d'eau utilisent sur leurs territoires respectifs le cours d'eau international de manière équitable et raisonnable. En particulier, un cours d'eau international sera utilisé et mis en valeur par les États du cours d'eau en vue de parvenir à l'utilisation et aux avantages optimaux et durables – compte tenu des intérêts des États du cours d'eau concernés – compatibles avec les exigences d'une protection adéquate du cours d'eau.

2. Les États du cours d'eau participent à l'utilisation, à la mise en valeur et à la protection d'un cours d'eau international de manière équitable et raisonnable. Cette participation comporte à la fois le droit d'utiliser le cours d'eau et le devoir de coopérer à sa protection et à sa mise en valeur, comme prévu dans les présents articles.

so konsultieren die Wasserlaufstaaten einander mit dem Ziel, nach Treu und Glauben Verhandlungen über den Abschluss einer oder mehrerer Wasserlaufübereinkünfte zu führen.

(6) Sind einige, aber nicht alle Wasserlaufstaaten eines bestimmten internationalen Wasserlaufs Vertragsparteien einer Übereinkunft, so lässt die betreffende Übereinkunft die aus diesem Übereinkommen erwachsenen Rechte und Pflichten der Wasserlaufstaaten, die nicht Vertragsparteien der Übereinkunft sind, unberührt.

Artikel 4
Vertragsparteien
von Wasserlaufübereinkünften

(1) Jeder Wasserlaufstaat ist berechtigt, sich an der Aushandlung einer auf den gesamten internationalen Wasserlauf anzuwendenden Wasserlaufübereinkunft zu beteiligen, Vertragspartei einer solchen Übereinkunft zu werden und an allen diesbezüglichen Konsultationen teilzunehmen.

(2) Ein Wasserlaufstaat, dessen Nutzung eines internationalen Wasserlaufs durch die Durchführung einer beabsichtigten Wasserlaufübereinkunft, die nur auf einen Teil des Wasserlaufs, ein bestimmtes Vorhaben oder Programm oder eine bestimmte Nutzung Anwendung findet, in beträchtlichem Maße beeinträchtigt werden könnte, ist berechtigt, an den Konsultationen über eine solche Übereinkunft und gegebenenfalls an den Verhandlungen nach Treu und Glauben teilzunehmen, um Vertragspartei der Übereinkunft zu werden, soweit seine Nutzung des Wasserlaufs durch sie beeinträchtigt wird.

Teil II
Allgemeine Grundsätze

Artikel 5
Ausgewogene und
angemessene Nutzung und Beteiligung

(1) Die Wasserlaufstaaten nutzen in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet einen internationalen Wasserlauf in ausgewogener und angemessener Weise. Insbesondere wird ein internationaler Wasserlauf von den Wasserlaufstaaten mit dem Ziel genutzt und entwickelt, den Erfordernissen des Schutzes des Wasserlaufs entsprechend und unter Berücksichtigung der Interessen der beteiligten Wasserlaufstaaten seine optimale und nachhaltige Nutzung zu erreichen und optimalen und nachhaltigen Nutzen aus ihm zu ziehen.

(2) Die Wasserlaufstaaten beteiligen sich in ausgewogener und angemessener Weise an der Nutzung, der Entwicklung und dem Schutz eines internationalen Wasserlaufs. Diese Beteiligung umfasst sowohl das Recht, den Wasserlauf zu nutzen, als auch die Pflicht, im Sinne dieses Übereinkommens bei seinem Schutz und seiner Entwicklung zusammenzuarbeiten.

Article 6**Factors relevant to equitable and reasonable utilization**

1. Utilization of an international watercourse in an equitable and reasonable manner within the meaning of article 5 requires taking into account all relevant factors and circumstances, including:

- (a) Geographic, hydrographic, hydrological, climatic, ecological and other factors of a natural character;
- (b) The social and economic needs of the watercourse States concerned;
- (c) The population dependent on the watercourse in each watercourse State;
- (d) The effects of the use or uses of the watercourses in one watercourse State on other watercourse States;
- (e) Existing and potential uses of the watercourse;
- (f) Conservation, protection, development and economy of use of the water resources of the watercourse and the costs of measures taken to that effect;
- (g) The availability of alternatives, of comparable value, to a particular planned or existing use.

2. In the application of article 5 or paragraph 1 of this article, watercourse States concerned shall, when the need arises, enter into consultations in a spirit of cooperation.

3. The weight to be given to each factor is to be determined by its importance in comparison with that of other relevant factors. In determining what is a reasonable and equitable use, all relevant factors are to be considered together and a conclusion reached on the basis of the whole.

Article 6**Facteurs pertinents pour une utilisation équitable et raisonnable**

1. L'utilisation de manière équitable et raisonnable d'un cours d'eau international au sens de l'article 5 implique la prise en considération de tous les facteurs et circonstances pertinents, notamment:

- a) Les facteurs géographiques, hydrographiques, hydrologiques, climatiques, écologiques et autres facteurs de caractère naturel;
- b) Les besoins économiques et sociaux des États du cours d'eau intéressés;
- c) La population tributaire du cours d'eau dans chaque État du cours d'eau;
- d) Les effets de l'utilisation ou des utilisations du cours d'eau dans un État du cours d'eau sur d'autres États du cours d'eau;
- e) Les utilisations actuelles et potentielles du cours d'eau;
- f) La conservation, la protection, la mise en valeur et l'économie dans l'utilisation des ressources en eau du cours d'eau ainsi que les coûts des mesures prises à cet effet;
- g) L'existence d'autres options, de valeur comparable, susceptibles de remplacer une utilisation particulière, actuelle ou envisagée.

2. Dans l'application de l'article 5 ou du paragraphe 1 du présent article, les États du cours d'eau intéressés engagent, si besoin est, des consultations dans un esprit de coopération.

3. Le poids à accorder à chaque facteur est fonction de l'importance de ce facteur par rapport à celle d'autres facteurs pertinents. Pour déterminer ce qu'est une utilisation raisonnable et équitable, tous les facteurs pertinents doivent être examinés ensemble et une conclusion tirée sur la base de l'ensemble de ces facteurs.

Artikel 6**Für eine ausgewogene und angemessene Nutzung maßgebliche Faktoren**

(1) Die Nutzung eines internationalen Wasserlaufs in einer ausgewogenen und angemessenen Weise im Sinne des Artikels 5 erfordert, dass alle maßgeblichen Faktoren und Umstände berücksichtigt werden, insbesondere

- a) geographische, hydrographische, hydrologische, klimatische, ökologische und sonstige Faktoren natürlicher Art;
- b) die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der betroffenen Wasserlaufstaaten;
- c) die in den einzelnen Wasserlaufstaaten von dem Wasserlauf abhängige Bevölkerung;
- d) die Auswirkungen der Nutzung oder Nutzungen der Wasserläufe in einem Wasserlaufstaat auf andere Wasserlaufstaaten;
- e) bestehende und mögliche Nutzungen des Wasserlaufs;
- f) Erhaltung, Schutz, Entwicklung und Sparsamkeit bei der Nutzung der Wasservorkommen des Wasserlaufs und die Kosten der zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen;
- g) die Verfügbarkeit gleichwertiger Alternativen für eine bestimmte geplante oder bestehende Nutzung.

(2) Bei der Anwendung des Artikels 5 oder des Absatzes 1 treten die betroffenen Wasserlaufstaaten im Bedarfsfall in Konsultationen im Geist der Zusammenarbeit ein.

(3) Das jedem einzelnen Faktor beizumessende Gewicht ist anhand seiner Bedeutung im Vergleich zu anderen maßgeblichen Faktoren zu bestimmen. Bei der Bestimmung dessen, was eine angemessene und ausgewogene Nutzung ist, sind alle maßgeblichen Faktoren gemeinsam zu prüfen; eine Schlussfolgerung ist auf der Grundlage der Gesamtheit der Faktoren zu treffen.

Article 7**Obligation not to cause significant harm**

1. Watercourse States shall, in utilizing an international watercourse in their territories, take all appropriate measures to prevent the causing of significant harm to other watercourse States.

2. Where significant harm nevertheless is caused to another watercourse State, the States whose use causes such harm shall, in the absence of agreement to such use, take all appropriate measures, having due regard for the provisions of articles 5 and 6, in consultation with the affected

Article 7**Obligation de ne pas causer de dommages significatifs**

1. Lorsqu'ils utilisent un cours d'eau international sur leur territoire, les États du cours d'eau prennent toutes les mesures appropriées pour ne pas causer de dommages significatifs aux autres États du cours d'eau.

2. Lorsqu'un dommage significatif est néanmoins causé à un autre État du cours d'eau, les États dont l'utilisation a causé ce dommage prennent, en l'absence d'accord concernant cette utilisation, toutes les mesures appropriées, en prenant en compte comme il se doit les dispositions

Artikel 7**Pflicht, keinen beträchtlichen Schaden zu verursachen**

(1) Die Wasserlaufstaaten ergreifen bei der Nutzung eines internationalen Wasserlaufs in ihrem Hoheitsgebiet alle geeigneten Maßnahmen, um zu verhindern, dass anderen Wasserlaufstaaten beträchtlicher Schaden entsteht.

(2) Entsteht einem anderen Wasserlaufstaat dennoch beträchtlicher Schaden, so ergreifen die Staaten, deren Nutzung den Schaden verursacht, wenn dieser Nutzung nicht zugestimmt wurde, in Konsultationen mit dem betroffenen Staat unter gebührender Berücksichtigung der Artikel 5 und 6

State, to eliminate or mitigate such harm and, where appropriate, to discuss the question of compensation.

Article 8

General obligation to cooperate

1. Watercourse States shall cooperate on the basis of sovereign equality, territorial integrity, mutual benefit and good faith in order to attain optimal utilization and adequate protection of an international watercourse.

2. In determining the manner of such cooperation, watercourse States may consider the establishment of joint mechanisms or commissions, as deemed necessary by them, to facilitate cooperation on relevant measures and procedures in the light of experience gained through cooperation in existing joint mechanisms and commissions in various regions.

Article 9

Regular exchange of data and information

1. Pursuant to article 8, watercourse States shall on a regular basis exchange readily available data and information on the condition of the watercourse, in particular that of a hydrological, meteorological, hydrogeological and ecological nature and related to the water quality as well as related forecasts.

2. If a watercourse State is requested by another watercourse State to provide data or information that is not readily available, it shall employ its best efforts to comply with the request but may condition its compliance upon payment by the requesting State of the reasonable costs of collecting and, where appropriate, processing such data or information.

3. Watercourse States shall employ their best efforts to collect and, where appropriate, to process data and information in a manner which facilitates its utilization by the other watercourse States to which it is communicated.

Article 10

Relationship between different kinds of uses

1. In the absence of agreement or custom to the contrary, no use of an international watercourse enjoys inherent priority over other uses.

des articles 5 et 6 et en consultation avec l'État affecté, pour éliminer ou atténuer ce dommage et, le cas échéant, discuter de la question de l'indemnisation.

Article 8

Obligation générale de coopérer

1. Les États du cours d'eau coopèrent sur la base de l'égalité souveraine, de l'intégrité territoriale, de l'avantage mutuel et de la bonne foi en vue de parvenir à l'utilisation optimale et à la protection adéquate du cours d'eau international.

2. Pour arrêter les modalités de cette coopération, les États du cours d'eau peuvent, s'ils le jugent nécessaire, envisager de créer des mécanismes ou commissions mixtes en vue de faciliter la coopération touchant les mesures et procédures appropriées compte tenu de l'expérience acquise à la faveur de la coopération dans le cadre des mécanismes et commissions mixtes existant dans diverses régions.

Article 9

Échange régulier de données et d'informations

1. En application de l'article 8, les États du cours d'eau échangent régulièrement les données et les informations aisément disponibles sur l'état du cours d'eau, en particulier celles d'ordre hydrologique, météorologique, hydrogéologique, écologique et concernant la qualité de l'eau, ainsi que les prévisions s'y rapportant.

2. Si un État du cours d'eau demande à un autre État du cours d'eau de fournir des données ou des informations qui ne sont pas aisément disponibles, cet État s'emploie au mieux de ses moyens à accéder à cette demande, mais il peut subordonner son acquiescement au paiement, par l'État auteur de la demande, du coût normal de la collecte et, le cas échéant, de l'élaboration de ces données ou informations.

3. Les États du cours d'eau s'emploient au mieux de leurs moyens à collecter et, le cas échéant, à élaborer les données et informations d'une manière propre à en faciliter l'utilisation par les autres États du cours d'eau auxquels elles sont communiquées.

Article 10

Rapport entre les utilisations

1. En l'absence d'accord ou de coutume en sens contraire, aucune utilisation d'un cours d'eau international n'a en soi priorité sur d'autres utilisations.

alle geeigneten Maßnahmen, um den Schaden zu beheben oder abzumildern und um gegebenenfalls die Frage einer Entschädigung zu erörtern.

Artikel 8

Allgemeine Verpflichtung zur Zusammenarbeit

(1) Die Wasserlaufstaaten arbeiten auf der Grundlage der souveränen Gleichheit, der territorialen Unversehrtheit, des gegenseitigen Nutzens und des guten Glaubens zusammen, um eine optimale Nutzung und einen hinreichenden Schutz eines internationalen Wasserlaufs zu erreichen.

(2) Bei der Festlegung der Modalitäten dieser Zusammenarbeit können die Wasserlaufstaaten, sofern sie dies für notwendig erachten, die Schaffung gemeinsamer Mechanismen oder Kommissionen in Betracht ziehen, um die Zusammenarbeit bei den einschlägigen Maßnahmen und Verfahren zu erleichtern, wobei sie die Erfahrungen berücksichtigen, die bei der Zusammenarbeit in bestehenden gemeinsamen Mechanismen und Kommissionen in verschiedenen Regionen gewonnen wurden.

Artikel 9

Regelmäßiger Austausch von Daten und Informationen

(1) Die Wasserlaufstaaten tauschen nach Artikel 8 in regelmäßigen Abständen ohne weiteres verfügbare Daten und Informationen über den Zustand des Wasserlaufs aus, insbesondere solche hydrologischer, meteorologischer, hydrogeologischer und ökologischer Art und betreffend die Wassergüte sowie dazugehörige Voraussagen.

(2) Wird ein Wasserlaufstaat von einem anderen Wasserlaufstaat ersucht, Daten oder Informationen bereitzustellen, die nicht ohne weiteres verfügbar sind, so bemüht er sich nach besten Kräften, diesem Ersuchen zu entsprechen; dabei kann er jedoch zur Bedingung machen, dass der ersuchende Staat die durch die Sammlung und gegebenenfalls Verarbeitung solcher Daten und Informationen entstehenden vertretbaren Kosten trägt.

(3) Die Wasserlaufstaaten bemühen sich nach besten Kräften, die Daten und Informationen in einer Weise zu sammeln und gegebenenfalls zu verarbeiten, die den anderen Wasserlaufstaaten, denen sie übermittelt werden, deren Verwendung erleichtert.

Artikel 10

Verhältnis zwischen unterschiedlichen Nutzungsarten

(1) Sofern keine anderweitige Vereinbarung oder Gewohnheit besteht, hat keine Nutzung eines internationalen Wasserlaufs von vornherein Vorrang vor anderen Nutzungen.

2. In the event of a conflict between uses of an international watercourse, it shall be resolved with reference to articles 5 to 7, with special regard being given to the requirements of vital human needs.

2. En cas de conflit entre des utilisations d'un cours d'eau international, le conflit est résolu eu égard aux articles 5 à 7, une attention spéciale étant accordée à la satisfaction des besoins humains essentiels.

(2) Kommt es zu einem Konflikt zwischen den Nutzungen eines internationalen Wasserlaufs, so wird dieser unter Bezugnahme auf die Artikel 5 bis 7 gelöst, wobei der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen besondere Beachtung zu schenken ist.

Part III
Planned Measures

Troisième partie
Mesures projetées

Teil III
Geplante Maßnahmen

Article 11
Information
concerning planned measures

Watercourse States shall exchange information and consult each other and, if necessary, negotiate on the possible effects of planned measures on the condition of an international watercourse.

Article 11
Renseignements
sur les mesures projetées

Les États du cours d'eau échantent des renseignements, se consultent et, si nécessaire, négocient au sujet des effets éventuels des mesures projetées sur l'état d'un cours d'eau international.

Artikel 11
Informationen
über geplante Maßnahmen

Die Wasserlaufstaaten informieren und konsultieren einander im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen geplanter Maßnahmen auf den Zustand eines internationalen Wasserlaufs und führen nötigenfalls Verhandlungen darüber.

Article 12
Notification
concerning planned measures
with possible adverse effects

Before a watercourse State implements or permits the implementation of planned measures which may have a significant adverse effect upon other watercourse States, it shall provide those States with timely notification thereof. Such notification shall be accompanied by available technical data and information, including the results of any environmental impact assessment, in order to enable the notified States to evaluate the possible effects of the planned measures.

Article 12
Notification
des mesures projetées
pouvant avoir des effets négatifs

Avant qu'un État du cours d'eau mette en œuvre ou permette que soient mises en œuvre des mesures projetées susceptibles d'avoir des effets négatifs significatifs pour les autres États du cours d'eau, il en donne notification à ces derniers en temps utile. La notification est accompagnée des données techniques et informations disponibles y compris, le cas échéant, les résultats de l'étude d'impact sur l'environnement, afin de mettre les États auxquels elle est adressée à même d'évaluer les effets éventuels des mesures projetées.

Artikel 12
Notifikation
geplanter Maßnahmen mit
möglichen nachteiligen Auswirkungen

Bevor ein Wasserlaufstaat geplante Maßnahmen, die beträchtliche nachteilige Auswirkungen auf andere Wasserlaufstaaten haben könnten, durchführt oder ihre Durchführung genehmigt, notifiziert er dies den betreffenden Staaten zur rechten Zeit. Der Notifikation sind verfügbare technische Daten und Informationen, einschließlich der Ergebnisse etwaiger Umweltverträglichkeitsprüfungen beizufügen, um den notifizierten Staaten die Möglichkeit zu geben, die möglichen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen zu bewerten.

Article 13
Period
for reply to notification

Unless otherwise agreed:

- (a) A watercourse State providing a notification under article 12 shall allow the notified States a period of six months within which to study and evaluate the possible effects of the planned measures and to communicate the findings to it;
- (b) This period shall, at the request of a notified State for which the evaluation of the planned measures poses special difficulty, be extended for a period of six months.

Article 13
Délai
de réponse à la notification

À moins qu'il n'en soit convenu autrement:

- a) Tout État du cours d'eau qui donne notification en vertu de l'article 12 laisse aux États auxquels la notification est adressée un délai de six mois pour étudier et évaluer les effets éventuels des mesures projetées et pour lui communiquer leurs conclusions;
- b) À la demande d'un État à qui la notification a été adressée et à qui l'évaluation des mesures projetées crée une difficulté particulière, ce délai est prolongé d'une durée de six mois.

Artikel 13
Beantwortungsfrist
im Falle einer Notifikation

Sofern nichts anderes vereinbart ist,

- a) räumt ein Wasserlaufstaat, der eine Notifikation nach Artikel 12 abgibt, den notifizierten Staaten eine Frist von sechs Monaten ein, innerhalb deren sie die möglichen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen untersuchen und bewerten und ihm ihre Schlussfolgerungen mitteilen können;
- b) wird diese Frist auf Ersuchen eines notifizierten Staates, für den die Bewertung der geplanten Maßnahmen besondere Schwierigkeiten aufwirft, um weitere sechs Monate verlängert.

Article 14
Obligations
of the notifying State
during the period for reply

During the period referred to in article 13, the notifying State:

Article 14
Obligations de l'État
auteur de la notification
pendant le délai de réponse

Pendant le délai visé à l'article 13, l'État auteur de la notification:

Artikel 14
Pflichten
des notifizierenden Staates
während der Beantwortungsfrist

Während der in Artikel 13 genannten Frist wird der notifizierende Staat

- | | | |
|---|---|--|
| <p>(a) Shall cooperate with the notified States by providing them, on request, with any additional data and information that is available and necessary for an accurate evaluation; and</p> <p>(b) Shall not implement or permit the implementation of the planned measures without the consent of the notified States.</p> | <p>a) Coopère avec les États auxquels la notification a été adressée en leur fournissant, sur demande, toutes données et informations supplémentaires disponibles et nécessaires à une évaluation précise;</p> <p>b) Ne met pas en œuvre ni ne permet que soient mises en œuvre les mesures projetées sans le consentement des États auxquels la notification a été adressée.</p> | <p>a) mit den notifizierten Staaten zusammenarbeiten, indem er ihnen auf Ersuchen alle verfügbaren zusätzlichen Daten und Informationen, die für eine genaue Bewertung erforderlich sind, bereitstellt, und</p> <p>b) die geplanten Maßnahmen weder ohne die Zustimmung der notifizierten Staaten durchführen noch ihre Durchführung genehmigen.</p> |
|---|---|--|

Article 15**Reply to notification**

The notified States shall communicate their findings to the notifying State as early as possible within the period applicable pursuant to article 13. If a notified State finds that implementation of the planned measures would be inconsistent with the provisions of articles 5 or 7, it shall attach to its finding a documented explanation setting forth the reasons for the finding.

Article 15**Réponse à la notification**

Tout État auquel la notification a été adressée communique aussitôt que possible ses conclusions à l'État auteur de la notification, dans le délai à respecter en application de l'article 13. Si l'État auquel la notification a été adressée conclut que la mise en œuvre des mesures projetées serait incompatible avec les dispositions des articles 5 ou 7, il accompagne cette conclusion d'un exposé documenté en expliquant les raisons.

Artikel 15**Beantwortung einer Notifikation**

Die notifizierten Staaten teilen dem notifizierenden Staat ihre Schlussfolgerungen so früh wie möglich innerhalb der nach Artikel 13 einzuhaltenden Frist mit. Gelangt ein notifizierter Staat zu der Schlussfolgerung, dass die Durchführung der geplanten Maßnahmen mit Artikel 5 oder 7 unvereinbar wäre, so fügt er seiner Schlussfolgerung eine durch Unterlagen gestützte Erläuterung bei, in der er die Gründe für die Schlussfolgerung darlegt.

Article 16**Absence of reply to notification**

1. If, within the period applicable pursuant to article 13, the notifying State receives no communication under article 15, it may, subject to its obligations under articles 5 and 7, proceed with the implementation of the planned measures, in accordance with the notification and any other data and information provided to the notified States.

2. Any claim to compensation by a notified State which has failed to reply within the period applicable pursuant to article 13 may be offset by the costs incurred by the notifying State for action undertaken after the expiration of the time for a reply which would not have been undertaken if the notified State had objected within that period.

Article 16**Absence de réponse à la notification**

1. Si, dans le délai à respecter en application de l'article 13, l'État auteur de la notification ne reçoit pas de communication au titre de l'article 15, il peut, sous réserve des obligations qui lui incombent en vertu des articles 5 et 7, procéder à la mise en œuvre des mesures projetées conformément à la notification et à toutes autres données et informations fournies aux États auxquels la notification a été adressée.

2. Pour tout État qui n'a pas répondu à la notification qui lui a été adressée pendant le délai prévu à l'article 13, le montant de l'indemnisation demandée peut être amputé des dépenses encourues par l'État auteur de la notification au titre des mesures qui ont été entreprises après l'expiration du délai de réponse et qui ne l'auraient pas été si le premier État y avait fait objection en temps voulu.

Artikel 16**Nichtbeantwortung einer Notifikation**

(1) Erhält der notifizierende Staat innerhalb der nach Artikel 13 einzuhaltenden Frist keine Mitteilung nach Artikel 15, so kann er vorbehaltlich der ihm nach den Artikeln 5 und 7 obliegenden Pflichten mit der Durchführung der geplanten Maßnahmen in Übereinstimmung mit der Notifikation und allen anderen, den notifizierten Staaten bereitgestellten Daten und Informationen beginnen.

(2) Eine Schadenersatzforderung eines notifizierten Staates, der nicht innerhalb der nach Artikel 13 einzuhaltenden Frist geantwortet hat, kann mit den Kosten verrechnet werden, die dem notifizierenden Staat für Maßnahmen entstanden sind, die er nach Ablauf der Beantwortungsfrist ergriffen hat und die nicht ergriffen worden wären, wenn der notifizierte Staat innerhalb der Frist Einspruch erhoben hätte.

Article 17**Consultations and negotiations concerning planned measures**

1. If a communication is made under article 15 that implementation of the planned measures would be inconsistent with the provisions of articles 5 or 7, the notifying State and the State making the communication shall enter into consultations and, if necessary, negotiations with a view to arriving at an equitable resolution of the situation.

2. The consultations and negotiations shall be conducted on the basis that each State must in good faith pay reasonable

Article 17**Consultations et négociations concernant les mesures projetées**

1. Quand une communication faite en vertu de l'article 15 indique que la mise en œuvre des mesures projetées serait incompatible avec les dispositions des articles 5 ou 7, l'État auteur de la notification et l'État auteur de la communication engagent des consultations et, au besoin, des négociations en vue de résoudre la situation d'une manière équitable.

2. Les consultations et les négociations se déroulent selon le principe que chaque État doit de bonne foi tenir raisonnable-

Artikel 17**Konsultationen und Verhandlungen über geplante Maßnahmen**

(1) Wird nach Artikel 15 mitgeteilt, dass die Durchführung der geplanten Maßnahmen mit Artikel 5 oder 7 unvereinbar wäre, so treten der notifizierende und der mitteilende Staat in Konsultationen und nötigenfalls in Verhandlungen ein, um eine ausgewogene Lösung der Situation herbeizuführen.

(2) Die Konsultationen und Verhandlungen werden nach dem Grundsatz geführt, dass jeder Staat die Rechte und die recht-

regard to the rights and legitimate interests of the other State.

3. During the course of the consultations and negotiations, the notifying State shall, if so requested by the notified State at the time it makes the communication, refrain from implementing or permitting the implementation of the planned measures for a period of six months unless otherwise agreed.

Article 18
Procedures
in the absence of notification

1. If a watercourse State has reasonable grounds to believe that another watercourse State is planning measures that may have a significant adverse effect upon it, the former State may request the latter to apply the provisions of article 12. The request shall be accompanied by a documented explanation setting forth its grounds.

2. In the event that the State planning the measures nevertheless finds that it is not under an obligation to provide a notification under article 12, it shall so inform the other State, providing a documented explanation setting forth the reasons for such finding. If this finding does not satisfy the other State, the two States shall, at the request of that other State, promptly enter into consultations and negotiations in the manner indicated in paragraphs 1 and 2 of article 17.

3. During the course of the consultations and negotiations, the State planning the measures shall, if so requested by the other State at the time it requests the initiation of consultations and negotiations, refrain from implementing or permitting the implementation of those measures for a period of six months unless otherwise agreed.

Article 19
Urgent implementation
of planned measures

1. In the event that the implementation of planned measures is of the utmost urgency in order to protect public health, public safety or other equally important interests, the State planning the measures may, subject to articles 5 and 7, immediately proceed to implementation, notwithstanding the provisions of article 14 and paragraph 3 of article 17.

2. In such case, a formal declaration of the urgency of the measures shall be communicated without delay to the other watercourse States referred to in article 12 together with the relevant data and information.

ment compte des droits et des intérêts légitimes de l'autre État.

3. Au cours des consultations et des négociations, l'État auteur de la notification s'abstient, si l'État auquel la notification a été adressée le lui demande au moment où il fait sa communication, de mettre en œuvre ou de permettre que soient mises en œuvre les mesures projetées pendant une période de six mois, sauf s'il en est autrement convenu.

Article 18
Procédures en
cas d'absence de notification

1. Si un État du cours d'eau a des motifs raisonnables de penser qu'un autre État du cours d'eau projette des mesures qui peuvent avoir des effets négatifs significatifs pour lui, il peut demander à cet autre État d'appliquer les dispositions de l'article 12. La demande doit être accompagnée d'un exposé documenté qui en explique les raisons.

2. Si l'État qui projette ces mesures conclut néanmoins qu'il n'est pas tenu de donner notification en vertu de l'article 12, il en informe le premier État en lui adressant un exposé documenté expliquant les raisons de sa conclusion. Si cette conclusion ne satisfait pas le premier État, les deux États doivent, à la demande de ce premier État, engager promptement des consultations et des négociations de la manière indiquée aux paragraphes 1 et 2 de l'article 17.

3. Au cours des consultations et des négociations, l'État qui projette les mesures s'abstient, si le premier État le lui demande au moment où il demande l'ouverture de consultations et de négociations, de mettre en œuvre ou de permettre que soient mises en œuvre ces mesures pendant une période de six mois, sauf s'il en est autrement convenu.

Article 19
Mise en œuvre
d'urgence de mesures projetées

1. Si la mise en œuvre des mesures projetées est d'une extrême urgence pour la protection de la santé ou de la sécurité publiques ou d'autres intérêts également importants, l'État qui projette ces mesures peut, sous réserve des articles 5 et 7, procéder immédiatement à leur mise en œuvre nonobstant les dispositions de l'article 14 et de l'article 17, paragraphe 3.

2. En pareil cas, une déclaration formelle proclamant l'urgence des mesures accompagnée des données et informations pertinentes est communiquée sans délai aux autres États du cours d'eau visés à l'article 12.

mäßigen Interessen des anderen Staates nach Treu und Glauben angemessen berücksichtigen muss.

(3) Während der Konsultationen und Verhandlungen sieht der notifizierende Staat, wenn ihn der notifizierte Staat zum Zeitpunkt seiner Mitteilung darum ersucht, für die Dauer von sechs Monaten von der Durchführung der geplanten Maßnahmen oder der Genehmigung ihrer Durchführung ab, sofern nichts anderes vereinbart ist.

Artikel 18
Verfahren
bei nicht erfolgter Notifikation

(1) Hat ein Wasserlaufstaat begründeten Anlass zu der Annahme, dass ein anderer Wasserlaufstaat Maßnahmen plant, die beträchtliche nachteilige Auswirkungen auf ihn haben könnten, so kann er den anderen Staat ersuchen, Artikel 12 zur Anwendung zu bringen. Dem Ersuchen ist eine durch Unterlagen gestützte Erläuterung beizufügen, in der die Gründe dafür dargelegt werden.

(2) Gelangt der die Maßnahmen planende Staat dennoch zu der Schlussfolgerung, dass er nicht zu einer Notifikation nach Artikel 12 verpflichtet ist, so setzt er den anderen Staat davon in Kenntnis und übermittelt ihm eine durch Unterlagen gestützte Erläuterung, in der er die Gründe für diese Schlussfolgerung darlegt. Stellt diese Schlussfolgerung den anderen Staat nicht zufrieden, so treten die beiden Staaten auf Ersuchen dieses anderen Staates umgehend in Konsultationen und Verhandlungen in der in Artikel 17 Absätze 1 und 2 beschriebenen Weise ein.

(3) Während der Konsultationen und Verhandlungen sieht der die Maßnahmen planende Staat, wenn ihn der andere Staat zum Zeitpunkt seines Ersuchens um Aufnahme von Konsultationen und Verhandlungen darum ersucht, für die Dauer von sechs Monaten von der Durchführung dieser Maßnahmen oder der Genehmigung ihrer Durchführung ab, sofern nichts anderes vereinbart ist.

Artikel 19
Dringliche
Durchführung geplanter Maßnahmen

(1) Ist die Durchführung geplanter Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit oder Sicherheit oder aus anderen ebenso wichtigen Gründen von äußerster Dringlichkeit, so kann der die Maßnahmen planende Staat vorbehaltlich der Artikel 5 und 7 sowie unbeschadet des Artikels 14 und des Artikels 17 Absatz 3 sofort mit der Durchführung beginnen.

(2) In diesem Fall wird den in Artikel 12 genannten anderen Wasserlaufstaaten unverzüglich eine förmliche Erklärung über die Dringlichkeit der Maßnahmen samt sachdienlicher Daten und Informationen übermittelt.

3. The State planning the measures shall, at the request of any of the States referred to in paragraph 2, promptly enter into consultations and negotiations with it in the manner indicated in paragraphs 1 and 2 of article 17.

Part IV
Protection,
preservation and management

Article 20
**Protection and
preservation of ecosystems**

Watercourse States shall, individually and, where appropriate, jointly, protect and preserve the ecosystems of international watercourses.

Article 21
**Prevention, reduction
and control of pollution**

1. For the purpose of this article, "pollution of an international watercourse" means any detrimental alteration in the composition or quality of the waters of an international watercourse which results directly or indirectly from human conduct.

2. Watercourse States shall, individually and, where appropriate, jointly, prevent, reduce and control the pollution of an international watercourse that may cause significant harm to other watercourse States or to their environment, including harm to human health or safety, to the use of the waters for any beneficial purpose or to the living resources of the watercourse. Watercourse States shall take steps to harmonize their policies in this connection.

3. Watercourse States shall, at the request of any of them, consult with a view to arriving at mutually agreeable measures and methods to prevent, reduce and control pollution of an international watercourse, such as:

- (a) Setting joint water quality objectives and criteria;
- (b) Establishing techniques and practices to address pollution from point and non-point sources;
- (c) Establishing lists of substances the introduction of which into the waters of an international watercourse is to be prohibited, limited, investigated or monitored.

Article 22
**Introduction
of alien or new species**

Watercourse States shall take all measures necessary to prevent the introduc-

3. L'État qui projette les mesures engage promptement, à la demande de l'un quelconque des États visés au paragraphe 2, des consultations et des négociations avec lui, de la manière indiquée à l'article 17, paragraphes 1 et 2.

Quatrième partie
Protection,
préservation et gestion

Article 20
**Protection et
préservation des écosystèmes**

Les États du cours d'eau, séparément et, s'il y a lieu, conjointement, protègent et préservent les écosystèmes des cours d'eau internationaux.

Article 21
**Prévention, réduction
et maîtrise de la pollution**

1. Aux fins du présent article, on entend par «pollution d'un cours d'eau international» toute modification préjudiciable de la composition ou de la qualité des eaux d'un cours d'eau international résultant directement ou indirectement d'activités humaines.

2. Les États du cours d'eau, séparément et, s'il y a lieu, conjointement, préviennent, réduisent et maîtrisent la pollution d'un cours d'eau international qui risque de causer un dommage significatif à d'autres États du cours d'eau ou à leur environnement, y compris un dommage à la santé ou à la sécurité de l'homme, ou bien à toute utilisation positive des eaux ou bien aux ressources biologiques du cours d'eau. Les États du cours d'eau prennent des mesures pour harmoniser leurs politiques à cet égard.

3. À la demande de l'un quelconque d'entre eux, les États du cours d'eau se consultent en vue d'arrêter des mesures et méthodes mutuellement acceptables pour prévenir, réduire et maîtriser la pollution telles que:

- a) Définir des objectifs et des critères communs concernant la qualité de l'eau;
- b) Mettre au point des techniques et des pratiques pour combattre la pollution de sources ponctuelles ou diffuses;
- c) Établir des listes de substances dont l'introduction dans les eaux d'un cours d'eau international doit être interdite, limitée, étudiée ou contrôlée.

Article 22
**Introduction d'espèces
étrangères ou nouvelles**

Les États du cours d'eau prennent toutes les mesures nécessaires pour prévenir l'in-

(3) Der die Maßnahmen planende Staat nimmt auf Ersuchen eines der in Absatz 2 genannten Staaten mit diesem Staat umgehend Konsultationen und Verhandlungen in der in Artikel 17 Absätze 1 und 2 beschriebenen Weise auf.

Teil IV
Schutz, Erhaltung
und Bewirtschaftung

Artikel 20
**Schutz und
Erhaltung von Ökosystemen**

Die Wasserlaufstaaten schützen und erhalten einzeln und gegebenenfalls gemeinsam die Ökosysteme internationaler Wasserläufe.

Artikel 21
**Verhütung, Verringerung
und Bekämpfung der Verschmutzung**

(1) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Verschmutzung eines internationalen Wasserlaufs“ jede Verschlechterung der Zusammensetzung oder der Güte des Wassers eines internationalen Wasserlaufs, welche die unmittelbare oder mittelbare Folge menschlicher Tätigkeiten ist.

(2) Die Wasserlaufstaaten verhüten, verringern und bekämpfen einzeln und gegebenenfalls gemeinsam die Verschmutzung eines internationalen Wasserlaufs, die anderen Wasserlaufstaaten oder deren Umwelt, einschließlich der Gesundheit oder Sicherheit der Menschen, der Nutzung des Wassers für positive Zwecke oder der lebenden Ressourcen des Wasserlaufs, beträchtlichen Schaden verursachen könnte. Die Wasserlaufstaaten unternehmen Schritte zur Harmonisierung ihrer diesbezüglichen Politik.

(3) Die Wasserlaufstaaten konsultieren einander auf Ersuchen eines von ihnen, um für alle Seiten annehmbare Maßnahmen und Methoden zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung der Verschmutzung eines internationalen Wasserlaufs zu bestimmen, wie etwa

- a) die Festlegung gemeinsamer Wasser- güteziele und -kriterien;
- b) die Bestimmung von Techniken und Verfahren zur Bekämpfung der Verschmutzung aus Punktquellen und diffusen Quellen;
- c) die Auflistung von Stoffen, deren Eintrag ins Wasser eines internationalen Wasserlaufs verboten, begrenzt, untersucht oder überwacht werden muss.

Artikel 22
**Einbringung
fremder oder neuer Arten**

Die Wasserlaufstaaten ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Verhütung der

tion of species, alien or new, into an international watercourse which may have effects detrimental to the ecosystem of the watercourse resulting in significant harm to other watercourse States.

Article 23

Protection and preservation of the marine environment

Watercourse States shall, individually and, where appropriate, in cooperation with other States, take all measures with respect to an international watercourse that are necessary to protect and preserve the marine environment, including estuaries, taking into account generally accepted international rules and standards.

Article 24

Management

1. Watercourse States shall, at the request of any of them, enter into consultations concerning the management of an international watercourse, which may include the establishment of a joint management mechanism.

2. For the purposes of this article, "management" refers, in particular, to:

- (a) Planning the sustainable development of an international watercourse and providing for the implementation of any plans adopted; and
- (b) Otherwise promoting the rational and optimal utilization, protection and control of the watercourse.

Article 25

Regulation

1. Watercourse States shall cooperate, where appropriate, to respond to needs or opportunities for regulation of the flow of the waters of an international watercourse.

2. Unless otherwise agreed, watercourse States shall participate on an equitable basis in the construction and maintenance or defrayal of the costs of such regulation works as they may have agreed to undertake.

3. For the purposes of this article, "regulation" means the use of hydraulic works or any other continuing measure to alter, vary or otherwise control the flow of the waters of an international watercourse.

Article 26

Installations

1. Watercourse States shall, within their respective territories, employ their best

troductio n dans un cours d'eau international d'espèces étrangères ou nouvelles qui risquent d'avoir des effets préjudiciables pour l'écosystème du cours d'eau et de causer finalement un dommage significatif à d'autres États du cours d'eau.

Article 23

Protection et préservation du milieu marin

Les États du cours d'eau, séparément et, s'il y a lieu, en coopération avec d'autres États, prennent toutes les mesures se rapportant à un cours d'eau international qui sont nécessaires pour protéger et préserver le milieu marin, y compris les estuaires, en tenant compte des règles et normes internationales généralement acceptées.

Article 24

Gestion

1. Sur la demande de l'un quelconque d'entre eux, les États du cours d'eau engage nt des consultations sur la gestion d'un cours d'eau international, y compris éventuellement la création d'un mécanisme mixte de gestion.

2. Aux fins du présent article, on entend par «gestion», en particulier:

- a) Le fait de planifier la mise en valeur durable d'un cours d'eau international et d'assurer l'exécution des plans qui auront pu être adoptés; et
- b) Le fait de promouvoir de toute autre manière l'utilisation, la protection et le contrôle du cours d'eau dans des conditions rationnelles et optimales.

Article 25

Régulation

1. Les États du cours d'eau coopèrent, selon que de besoin, pour répondre à la nécessité ou pour exploiter les possibilités de réguler le débit des eaux d'un cours d'eau international.

2. À moins qu'il n'en soit convenu autrement, les États du cours d'eau participent sur une base équitable à la construction et à l'entretien ou au financement des ouvrages de régulation qu'ils ont pu convenir d'entreprendre.

3. Aux fins du présent article, le terme «régulation» s'entend de l'utilisation d'ouvrages hydrauliques ou de toute autre mesure employée de façon continue pour modifier, faire varier ou contrôler d'une autre manière le débit des eaux d'un cours d'eau international.

Article 26

Installations

1. Les États du cours d'eau, à l'intérieur de leurs territoires respectifs, s'emploient

Einbringung fremder oder neuer Arten in einen internationalen Wasserlauf, die schädliche Auswirkungen auf das Ökosystem des Wasserlaufs haben und zu beträchtlichem Schaden für andere Wasserlaufstaaten führen könnten.

Artikel 23

Schutz und Erhaltung der Meeresumwelt

Die Wasserlaufstaaten ergreifen einzeln und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Staaten alle Maßnahmen im Hinblick auf einen internationalen Wasserlauf, die zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt einschließlich der Mündungsgebiete erforderlich sind, wobei allgemein anerkannte internationale Regeln und Normen zu berücksichtigen sind.

Artikel 24

Bewirtschaftung

(1) Die Wasserlaufstaaten treten auf Ersuchen eines von ihnen in Konsultationen über die Bewirtschaftung eines internationalen Wasserlaufs ein; diese schließen gegebenenfalls auch die Schaffung eines gemeinsamen Bewirtschaftungsmechanismus ein.

(2) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Bewirtschaftung“ insbesondere,

- a) die nachhaltige Entwicklung eines internationalen Wasserlaufs zu planen und für die Durchführung beschlossener Pläne zu sorgen und
- b) die Nutzung, den Schutz und die Regelung des Wasserlaufs unter rationellen und optimalen Bedingungen anderweitig zu fördern.

Artikel 25

Regulierung

(1) Die Wasserlaufstaaten arbeiten gegebenenfalls zusammen, um der Notwendigkeit oder der Möglichkeit einer Regulierung des Wasserabflusses eines internationalen Wasserlaufs Rechnung zu tragen.

(2) Sofern nichts anderes vereinbart ist, beteiligen sich die Wasserlaufstaaten in ausgewogener Weise am Bau und an der Unterhaltung oder der Deckung der Kosten der Regulierungsanlagen, deren Errichtung sie gemeinsam vereinbart haben.

(3) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Regulierung“ die Nutzung von Wasserbauwerken oder andere Dauermaßnahmen mit dem Ziel, den Wasserabfluss eines internationalen Wasserlaufs zu ändern, zu variieren oder auf andere Art und Weise zu regeln.

Artikel 26

Installationen

(1) Die Wasserlaufstaaten bemühen sich in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet

efforts to maintain and protect installations, facilities and other works related to an international watercourse.

2. Watercourse States shall, at the request of any of them which has reasonable grounds to believe that it may suffer significant adverse effects, enter into consultations with regard to:

- (a) The safe operation and maintenance of installations, facilities or other works related to an international watercourse; and
- (b) The protection of installations, facilities or other works from wilful or negligent acts or the forces of nature.

Part V
Harmful conditions
and emergency situations

Article 27
**Prevention and
mitigation of harmful conditions**

Watercourse States shall, individually and, where appropriate, jointly, take all appropriate measures to prevent or mitigate conditions related to an international watercourse that may be harmful to other watercourse States, whether resulting from natural causes or human conduct, such as flood or ice conditions, water-borne diseases, siltation, erosion, salt-water intrusion, drought or desertification.

Article 28
Emergency situations

1. For the purposes of this article, "emergency" means a situation that causes, or poses an imminent threat of causing, serious harm to watercourse States or other States and that results suddenly from natural causes, such as floods, the breaking up of ice, landslides or earthquakes, or from human conduct, such as industrial accidents.

2. A watercourse State shall, without delay and by the most expeditious means available, notify other potentially affected States and competent international organizations of any emergency originating within its territory.

3. A watercourse State within whose territory an emergency originates shall, in cooperation with potentially affected States and, where appropriate, competent

au mieux de leurs moyens à assurer l'entretien et la protection des installations, aménagements et autres ouvrages liés à un cours d'eau international.

2. Sur la demande de l'un quelconque d'entre eux qui a des motifs raisonnables de croire qu'il risque de subir des effets négatifs significatifs, les États du cours d'eau engagent des consultations concernant:

- a) Le bon fonctionnement et l'entretien des installations, aménagements ou autres ouvrages liés à un cours d'eau international;
- b) La protection des installations, aménagements ou autres ouvrages contre les actes intentionnels ou les actes de négligence ou les forces de la nature.

Cinquième partie
Conditions
dommageables et cas d'urgence

Article 27
**Prévention et atténuation
des conditions dommageables**

Les États du cours d'eau séparément ou, s'il y a lieu, conjointement, prennent toutes les mesures appropriées pour prévenir ou atténuer les conditions relatives à un cours d'eau international résultant de causes naturelles ou d'activités humaines qui risquent d'être dommageables pour d'autres États du cours d'eau, telles que les inondations ou la formation de glace, les maladies à transmission hydrique, l'envasement, l'érosion, l'intrusion d'eaux salées, la sécheresse ou la désertification.

Article 28
Cas d'urgence

1. Aux fins du présent article, le terme «urgence» s'entend des situations qui causent, ou menacent de façon imminente de causer, un dommage grave aux États du cours d'eau ou à d'autres États et qui sont brusquement provoquées par des causes naturelles, telles que les inondations, la débâcle, les éboulements ou les tremblements de terre, ou par des activités humaines, en cas, par exemple, d'accident industriel.

2. Tout État du cours d'eau informe sans retard et par les moyens les plus rapides disponibles les autres États qui risquent d'être touchés ainsi que les organisations internationales compétentes de toute situation d'urgence survenant sur son territoire.

3. Tout État du cours d'eau sur le territoire duquel survient une situation d'urgence prend immédiatement, en coopération avec les États qui risquent d'être touchés

nach besten Kräften, die mit einem internationalen Wasserlauf zusammenhängenden Installationen, Einrichtungen und anderen Anlagen zu unterhalten und zu schützen.

(2) Die Wasserlaufstaaten treten auf Ersuchen eines von ihnen, der begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass er beträchtliche nachteilige Auswirkungen erleiden wird, in Konsultationen ein über

- a) den sicheren Betrieb und die Unterhaltung der mit einem internationalen Wasserlauf zusammenhängenden Installationen, Einrichtungen oder anderen Anlagen und
- b) den Schutz der Installationen, Einrichtungen oder anderen Anlagen vor vorsätzlichen oder fahrlässigen Handlungen oder den Kräften der Natur.

Teil V
Schädliche Umstände
und Notfallsituationen

Artikel 27
**Verhütung und
Abmilderung schädlicher Umstände**

Die Wasserlaufstaaten ergreifen einzeln und gegebenenfalls gemeinsam alle geeigneten Maßnahmen zur Verhütung oder Abmilderung von Umständen in Bezug auf einen internationalen Wasserlauf, die für andere Wasserlaufstaaten schädlich sein könnten, gleichviel ob sie die Folge natürlicher Ursachen oder menschlicher Tätigkeiten sind, wie etwa Überschwemmungen, Eisbildung, wasserbedingte Krankheiten, Ablagerung von Sedimenten, Erosion, Eindringen von Salzwasser, Dürre oder Wüstenbildung.

Artikel 28
Notfallsituationen

(1) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Notfall“ eine plötzlich als Folge natürlicher Ursachen, wie etwa Überschwemmungen, Eisbruch, Erdbeben oder als Folge menschlicher Tätigkeiten, wie etwa Industrieunfällen, auftretende Situation, aufgrund deren Wasserlaufstaaten oder andere Staaten ernstlichen Schaden erleiden oder aufgrund deren für sie die unmittelbare Gefahr eines ernstlichen Schadens besteht.

(2) Ein Wasserlaufstaat benachrichtigt andere möglicherweise betroffene Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen unverzüglich und auf dem schnellstmöglichen Weg von jedem in seinem Hoheitsgebiet entstehenden Notfall.

(3) Ein Wasserlaufstaat, in dessen Hoheitsgebiet ein Notfall entsteht, ergreift in Zusammenarbeit mit den möglicherweise betroffenen Staaten und gegebenen-

international organizations, immediately take all practicable measures necessitated by the circumstances to prevent, mitigate and eliminate harmful effects of the emergency.

4. When necessary, watercourse States shall jointly develop contingency plans for responding to emergencies, in cooperation, where appropriate, with other potentially affected States and competent international organizations.

et, le cas échéant, les organisations internationales compétentes, toutes les mesures possibles en pratique que dictent les circonstances pour prévenir, atténuer et éliminer les conséquences dommageables de la situation d'urgence.

4. En cas de nécessité, les États du cours d'eau élaborent conjointement des plans d'urgence pour faire face aux situations d'urgence en coopération, le cas échéant, avec les autres États qui risquent d'être touchés et les organisations internationales compétentes.

falls den zuständigen internationalen Organisationen umgehend alle den Umständen nach erforderlichen durchführbaren Maßnahmen zur Verhütung, Abmilderung und Beseitigung der schädlichen Auswirkungen des Notfalls.

(4) Bei Bedarf arbeiten die Wasserlaufstaaten gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen möglicherweise betroffenen Staaten und den zuständigen internationalen Organisationen Einsatzpläne aus, um auf solche Notfälle reagieren zu können.

Part VI
Miscellaneous Provisions

Article 29
International
watercourses and installations
in time of armed conflict

International watercourses and related installations, facilities and other works shall enjoy the protection accorded by the principles and rules of international law applicable in international and non-international armed conflict and shall not be used in violation of those principles and rules.

Article 30
Indirect procedures

In cases where there are serious obstacles to direct contacts between watercourse States, the States concerned shall fulfil their obligations of cooperation provided for in the present Convention, including exchange of data and information, notification, communication, consultations and negotiations, through any indirect procedure accepted by them.

Article 31
Data and information
vital to national defence or security

Nothing in the present Convention obliges a watercourse State to provide data or information vital to its national defence or security. Nevertheless, that State shall cooperate in good faith with the other watercourse States with a view to providing as much information as possible under the circumstances.

Article 32
Non-discrimination

Unless the watercourse States concerned have agreed otherwise for the protection of the interests of persons, natural or juridical, who have suffered or are under a serious threat of suffering significant

Sixième partie
Dispositions diverses

Article 29
Cours d'eau
internationaux et installations
en période de conflit armé

Les cours d'eau internationaux et les installations, aménagements et autres ouvrages connexes bénéficient de la protection accordée par les principes et règles du droit international applicables aux conflits armés internationaux et non internationaux et ne sont pas utilisés en violation de ces principes et règles.

Article 30
Procédures indirectes

Dans les cas où il existe des obstacles sérieux à l'établissement de contacts directs entre États du cours d'eau, les États concernés s'acquittent des obligations de coopération prévues dans la présente Convention, y compris échange de données et d'informations, notification, communication, consultations et négociations, par le biais de toute procédure indirecte acceptée par eux.

Article 31
Données et
informations vitales pour la défense
ou la sécurité nationale

Aucune disposition de la présente Convention n'oblige un État du cours d'eau à fournir des données ou des informations qui sont vitales pour sa défense ou sa sécurité nationale. Néanmoins, cet État doit coopérer de bonne foi avec les autres États du cours d'eau en vue de fournir autant d'informations que les circonstances le permettent.

Article 32
Non-discrimination

À moins que les États du cours d'eau intéressés n'en conviennent autrement pour protéger les intérêts des personnes, physiques ou morales, qui ont subi un dommage transfrontière significatif résultant

Teil VI
Sonstige Bestimmungen

Artikel 29
Internationale
Wasserläufe und Installationen
in Zeiten bewaffneter Konflikte

Internationale Wasserläufe und damit zusammenhängende Installationen, Einrichtungen und andere Anlagen genießen den durch die in internationalen und nicht-internationalen bewaffneten Konflikten geltenden Grundsätze und Regeln des Völkerrechts gewährten Schutz und dürfen nicht unter Verletzung dieser Grundsätze und Regeln genutzt werden.

Artikel 30
Indirekte Verfahren

Stehen ernstliche Hindernisse einer direkten Kontaktnahme zwischen den Wasserlaufstaaten entgegen, so kommen die betroffenen Staaten ihrer Verpflichtung zur Zusammenarbeit nach diesem Übereinkommen, einschließlich Daten- und Informationsaustausch, Notifikation, Mitteilung, Konsultationen und Verhandlungen, im Rahmen eines von ihnen gebilligten indirekten Verfahrens nach.

Artikel 31
Für die nationale
Verteidigung oder Sicherheit
wesentliche Daten und Informationen

Dieses Übereinkommen verpflichtet einen Wasserlaufstaat nicht zur Bereitstellung von Daten oder Informationen, die für seine nationale Verteidigung oder Sicherheit von wesentlicher Bedeutung sind. Dessen ungeachtet arbeitet dieser Staat mit den anderen Wasserlaufstaaten nach Treu und Glauben zusammen, um ihnen so viele Informationen wie unter den Umständen möglich bereitzustellen.

Artikel 32
Nichtdiskriminierung

Sofern die beteiligten Wasserlaufstaaten zum Schutz der Interessen natürlicher oder juristischer Personen, die infolge von Tätigkeiten im Zusammenhang mit einem internationalen Wasserlauf beträchtlichen

transboundary harm as a result of activities related to an international watercourse, a watercourse State shall not discriminate on the basis of nationality or residence or place where the injury occurred, in granting to such persons, in accordance with its legal system, access to judicial or other procedures, or a right to claim compensation or other relief in respect of significant harm caused by such activities carried on in its territory.

tant d'activités liées à un cours d'eau international ou qui se trouvent sérieusement menacées d'un tel dommage, un État du cours d'eau ne fait pas de discrimination fondée sur la nationalité, le lieu de résidence ou le lieu où le préjudice a été subi dans l'octroi auxdites personnes, conformément à son droit interne, de l'accès aux procédures juridictionnelles et autres ou bien d'un droit à indemnisation ou autre forme de réparation au titre d'un dommage significatif causé par de telles activités menées sur son territoire.

grenzüberschreitenden Schaden erlitten haben oder von solchem ernsthaft bedroht sind, nichts anderes vereinbart haben, hat ein Wasserlaufstaat diesen Personen ohne Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit, dem Wohnsitz oder dem Ort des Eintretens der Schädigung im Einklang mit seinem Rechtssystem Zugang zu Gerichtsverfahren oder anderen Verfahren oder das Recht zu gewähren, für beträchtlichen Schaden, der durch solche in seinem Hoheitsgebiet durchgeführte Tätigkeiten verursacht wurde, Entschädigung oder sonstigen Ersatz zu fordern.

Article 33

Settlement of disputes

1. In the event of a dispute between two or more Parties concerning the interpretation or application of the present Convention, the Parties concerned shall, in the absence of an applicable agreement between them, seek a settlement of the dispute by peaceful means in accordance with the following provisions.

2. If the Parties concerned cannot reach agreement by negotiation requested by one of them, they may jointly seek the good offices of, or request mediation or conciliation by, a third party, or make use, as appropriate, of any joint watercourse institutions that may have been established by them or agree to submit the dispute to arbitration or to the International Court of Justice.

3. Subject to the operation of paragraph 10, if after six months from the time of the request for negotiations referred to in paragraph 2, the Parties concerned have not been able to settle their dispute through negotiation or any other means referred to in paragraph 2, the dispute shall be submitted, at the request of any of the parties to the dispute, to impartial fact-finding in accordance with paragraphs 4 to 9, unless the Parties otherwise agree.

4. A Fact-finding Commission shall be established, composed of one member nominated by each Party concerned and in addition a member not having the nationality of any of the Parties concerned chosen by the nominated members who shall serve as Chairman.

5. If the members nominated by the Parties are unable to agree on a Chairman within three months of the request for the establishment of the Commission, any Party concerned may request the Secretary-General of the United Nations to appoint the Chairman who shall not have the natio-

Article 33

Règlement des différends

1. En cas de différend entre deux ou plusieurs Parties concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention, les Parties intéressées, en l'absence d'un accord applicable entre elles, s'efforcent de résoudre le différend par des moyens pacifiques, conformément aux dispositions ci-après.

2. Si les Parties intéressées ne peuvent parvenir à un accord par la voie de la négociation demandée par l'une d'entre elles, elles peuvent solliciter conjointement les bons offices d'une tierce partie – ou lui demander d'intervenir à des fins de médiation ou de conciliation, ou avoir recours, selon qu'il conviendra, à toute institution mixte de cours d'eau qu'elles peuvent avoir établie, ou décider de soumettre le différend à une procédure d'arbitrage ou à la Cour internationale de Justice.

3. Sous réserve de l'application du paragraphe 10, si après un délai de six mois à compter de la date de la demande de négociation mentionnée au paragraphe 2, les Parties intéressées n'ont pu résoudre leur différend par la négociation ou par tout autre moyen mentionné dans ledit paragraphe, le différend est soumis, à la demande de l'une quelconque d'entre elles, à une procédure d'enquête impartiale, conformément aux paragraphes 4 à 9, sauf accord contraire des Parties.

4. Il est établi une commission d'enquête, composée d'un membre désigné par chacune des Parties intéressées plus un membre n'ayant la nationalité d'aucune desdites Parties, choisi par les deux autres, qui fait fonction de président.

5. Si les membres désignés par les Parties ne parviennent pas à s'entendre sur un président dans un délai de trois mois à compter de la demande d'établissement de la Commission, toute Partie intéressée peut demander au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies de dési-

Artikel 33

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Im Fall einer Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens bemühen sich die betroffenen Vertragsparteien, sofern keine anwendbare Übereinkunft zwischen ihnen besteht, um eine Beilegung der Streitigkeit durch friedliche Mittel in Übereinstimmung mit den nachfolgenden Bestimmungen.

(2) Können die betroffenen Vertragsparteien durch Verhandlungen, um die von einer Vertragspartei ersucht wurde, keine Einigung erzielen, so können sie gemeinsam die guten Dienste einer dritten Partei in Anspruch nehmen oder um deren Vermittlung oder Schlichtung ersuchen oder von ihnen eingerichtete gemeinsame Wasserlaufinstitutionen in Anspruch nehmen oder vereinbaren, die Streitigkeit einem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 10 wird die Streitigkeit, sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, auf Ersuchen einer der Streitparteien einer unparteiischen Feststellung der Tatsachen nach den Absätzen 4 bis 9 unterworfen, wenn nach Ablauf von sechs Monaten nach dem in Absatz 2 genannten Ersuchen um Verhandlungen die betreffenden Vertragsparteien ihre Streitigkeit nicht durch Verhandlungen oder durch andere in Absatz 2 genannte Mittel beilegen konnten.

(4) Eine Untersuchungskommission wird eingesetzt, die aus je einem von jeder betroffenen Vertragspartei ernannten Mitglied besteht und darüber hinaus aus einem von den ernannten Mitgliedern gewählten Mitglied, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der betroffenen Vertragsparteien besitzt und das die Aufgaben des Vorsitzenden wahrnimmt.

(5) Können sich die von den Vertragsparteien ernannten Mitglieder innerhalb von drei Monaten nach dem Ersuchen um Einsetzung der Kommission nicht auf einen Vorsitzenden einigen, so kann jede betroffene Vertragspartei den Generalsekretär der Vereinten Nationen um Ernennung

nality of any of the parties to the dispute or of any riparian State of the watercourse concerned. If one of the Parties fails to nominate a member within three months of the initial request pursuant to paragraph 3, any other Party concerned may request the Secretary-General of the United Nations to appoint a person who shall not have the nationality of any of the parties to the dispute or of any riparian State of the watercourse concerned. The person so appointed shall constitute a single-member Commission.

6. The Commission shall determine its own procedure.

7. The Parties concerned have the obligation to provide the Commission with such information as it may require and, on request, to permit the Commission to have access to their respective territory and to inspect any facilities, plant, equipment, construction or natural feature relevant for the purpose of its inquiry.

8. The Commission shall adopt its report by a majority vote, unless it is a single-member Commission, and shall submit that report to the Parties concerned setting forth its findings and the reasons therefor and such recommendations as it deems appropriate for an equitable solution of the dispute, which the Parties concerned shall consider in good faith.

9. The expenses of the Commission shall be borne equally by the Parties concerned.

10. When ratifying, accepting, approving or acceding to the present Convention, or at any time thereafter, a Party which is not a regional economic integration organization may declare in a written instrument submitted to the Depositary that, in respect of any dispute not resolved in accordance with paragraph 2, it recognizes as compulsory *ipso facto* and without special agreement in relation to any Party accepting the same obligation:

- (a) Submission of the dispute to the International Court of Justice; and/or
- (b) Arbitration by an arbitral tribunal established and operating, unless the parties to the dispute otherwise agreed, in accordance with the procedure laid down in the annex to the present Convention.

A Party which is a regional economic integration organization may make a declaration with like effect in relation to arbitration in accordance with subparagraph (b).

gner le Président, lequel n'aura la nationalité d'aucune des Parties au différend ou d'aucun État riverain du cours d'eau visé. Si l'une des Parties ne procède pas à la désignation d'un membre dans un délai de trois mois à compter de la demande initiale faite conformément au paragraphe 3, toute autre Partie intéressée peut demander au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies de désigner une personne n'ayant la nationalité d'aucune des parties au différend ni d'aucun État riverain du cours d'eau visé. La personne ainsi désignée sera le membre unique de la Commission.

6. La Commission arrête elle-même sa procédure.

7. Les Parties intéressées ont l'obligation de fournir à la Commission les renseignements dont elle peut avoir besoin et de lui permettre, sur sa demande, d'entrer sur leur territoire et d'inspecter les installations, établissements, équipements, constructions ou accidents topographiques présentant un intérêt pour l'enquête.

8. La Commission adopte son rapport à la majorité de ses membres, sauf si elle n'en compte qu'un seul, et soumet ce rapport aux Parties intéressées en y énonçant ses conclusions motivées et les recommandations qu'elle juge appropriées en vue d'un règlement équitable du différend, que les Parties intéressées examinent de bonne foi.

9. Les dépenses de la Commission sont supportées à parts égales par les Parties intéressées.

10. Lors de la ratification, de l'acceptation et de l'approbation de la présente Convention, ou de l'adhésion à cet instrument, ou à tout moment par la suite, une Partie qui n'est pas une Organisation d'intégration économique régionale peut déclarer, dans un instrument écrit adressé au Dépositaire, qu'en ce qui concerne tout différend non résolu conformément au paragraphe 2, elle reconnaît comme obligatoire *ipso facto* et sans accord spécial concernant l'une quelconque des Parties acceptant la même obligation:

- a) La soumission du différend à la Cour internationale de Justice; et/ou
- b) L'arbitrage par un tribunal arbitral dont la compétence est établie et qui exerce ses pouvoirs, sauf accord contraire entre les Parties au différend, conformément à la procédure énoncée à l'annexe de la présente Convention.

Une Partie qui est une Organisation d'intégration économique régionale peut faire une déclaration dans le même sens concernant l'arbitrage, conformément à l'alinéa b).

nung des Vorsitzenden ersuchen, der weder die Staatsangehörigkeit einer der Streitparteien noch die eines Anrainerstaats des betroffenen Wasserlaufs besitzen darf. Ernennet eine der Vertragsparteien nicht innerhalb von drei Monaten nach dem ersten Ersuchen gemäß Absatz 3 ein Mitglied, so kann jede andere betroffene Vertragspartei den Generalsekretär der Vereinten Nationen ersuchen, eine Person zu ernennen, die weder die Staatsangehörigkeit einer der Streitparteien noch die eines Anrainerstaats des betroffenen Wasserlaufs besitzen darf. Die so ernannte Person bildet eine aus einem Mitglied bestehende Kommission.

(6) Die Kommission gibt sich eine Verfahrensordnung.

(7) Die betroffenen Vertragsparteien sind verpflichtet, der Kommission die von ihr verlangten Informationen bereitzustellen und ihr auf Ersuchen das Betreten ihres jeweiligen Hoheitsgebiets und die Besichtigung aller Einrichtungen, Anlagen, Geräte, Bauwerke oder natürlichen Gegebenheiten zu gestatten, die für ihre Untersuchung von Belang sind.

(8) Die Kommission verabschiedet ihren Bericht mit Stimmenmehrheit, sofern sie nicht aus einem einzigen Mitglied besteht; sie legt diesen Bericht, der ihre Schlussfolgerungen und die dazugehörige Begründung sowie die von ihr für eine ausgewogene Lösung der Streitigkeit für angemessen erachteten Empfehlungen enthält, den betroffenen Vertragsparteien vor, die ihn nach Treu und Glauben prüfen.

(9) Die Kosten der Kommission werden von den betroffenen Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen.

(10) Bei der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung dieses Übereinkommens oder dem Beitritt zum Übereinkommen oder jederzeit danach kann eine Vertragspartei, die keine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration ist, in einer dem Verwahrer vorgelegten schriftlichen Urkunde erklären, dass sie für jede nicht nach Absatz 2 beigelegte Streitigkeit folgende Verfahren gegenüber jeder Vertragspartei, welche dieselbe Verpflichtung übernimmt, ohne weiteres und ohne besondere Übereinkunft als obligatorisch anerkennt:

- a) Vorlage der Streitigkeit an den Internationalen Gerichtshof und/oder
- b) ein Schiedsverfahren vor einem Schiedsgericht, das nach dem in der Anlage zu diesem Übereinkommen festgelegten Verfahren eingerichtet und tätig wird, sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren.

Eine Vertragspartei, die eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration ist, kann in Bezug auf ein Schiedsverfahren nach Buchstabe b eine Erklärung mit gleicher Wirkung abgeben.

Part VII Final Clauses	Septième partie Clauses finales	Teil VII Schlussklauseln
Article 34 Signature	Article 34 Signature	Artikel 34 Unterzeichnung
The present Convention shall be open for signature by all States and by regional economic integration organizations from 21 May 1997 until 20 May 2000 at United Nations Headquarters in New York.	La présente Convention sera ouverte à la signature de tous les États et des organisations d'intégration économique régionale à partir du 21 mai 1997 et jusqu'au 20 mai 2000 au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York.	Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration vom 21. Mai 1997 bis zum 20. Mai 2000 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.
Article 35 Ratification, acceptance, approval or accession	Article 35 Ratification, acceptance, approbation ou adhésion	Artikel 35 Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt
<p>1. The present Convention is subject to ratification, acceptance, approval or accession by States and by regional economic integration organizations. The instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.</p> <p>2. Any regional economic integration organization which becomes a Party to this Convention without any of its member States being a Party shall be bound by all the obligations under the Convention. In the case of such organizations, one or more of whose member States is a Party to this Convention, the organization and its member States shall decide on their respective responsibilities for the performance of their obligations under the Convention. In such cases, the organization and the member States shall not be entitled to exercise rights under the Convention concurrently.</p> <p>3. In their instruments of ratification, acceptance, approval or accession, the regional economic integration organizations shall declare the extent of their competence with respect to the matters governed by the Convention. These organizations shall also inform the Secretary-General of the United Nations of any substantial modification in the extent of their competence.</p>	<p>1. La présente Convention sera soumise à ratification, acceptation, approbation ou adhésion par les États et les organisations d'intégration économique régionale. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.</p> <p>2. Toute Organisation d'intégration économique régionale qui devient partie à la présente Convention alors qu'aucun de ses États membres n'y est lui-même partie est tenue de toutes les obligations imposées par la Convention. Lorsqu'un ou plusieurs des États membres d'une telle Organisation sont parties à la présente Convention, l'organisation et ses États membres décident de leurs responsabilités respectives quant à l'exécution des obligations que la Convention leur impose. Dans de tels cas, l'organisation et les États membres ne sont pas habilités à exercer concurremment les droits qu'ouvre la Convention.</p> <p>3. Dans leurs instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, les organisations d'intégration économique régionale doivent indiquer l'étendue de leur compétence dans les domaines relevant de la Convention. Ces organisations doivent également informer le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies de toute modification substantielle de l'étendue de leur compétence.</p>	<p>(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts durch die Staaten und durch die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.</p> <p>(2) Jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, ohne dass einer ihrer Mitgliedstaaten Vertragspartei ist, ist durch alle Verpflichtungen aus dem Übereinkommen gebunden. Sind ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer solchen Organisation Vertragspartei des Übereinkommens, so entscheiden die Organisation und ihre Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen. In diesen Fällen sind die Organisation und die Mitgliedstaaten nicht berechtigt, die Rechte aufgrund des Übereinkommens gleichzeitig auszuüben.</p> <p>(3) In ihren Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden erklären die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die durch dieses Übereinkommen erfassten Angelegenheiten. Diese Organisationen teilen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen auch jede wesentliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.</p>
Article 36 Entry into force	Article 36 Entrée en vigueur	Artikel 36 Inkrafttreten
<p>1. The present Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date of deposit of the thirty-fifth instrument of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General of the United Nations.</p> <p>2. For each State or regional economic integration organization that ratifies, accepts or approves the Convention or accedes thereto after the deposit of the</p>	<p>1. La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date du dépôt du trente-cinquième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.</p> <p>2. Pour chacun des États ou chacune des organisations d'intégration économique régionale qui ratifieront, accepteront ou approuveront la Convention ou y adhè-</p>	<p>(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.</p> <p>(2) Für alle Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die nach Hinterlegung der fünfunddreißigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-</p>

thirty-fifth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the Convention shall enter into force on the ninetieth day after the deposit by such State or regional economic integration organization of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

3. For the purposes of paragraphs 1 and 2, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by States.

Article 37

Authentic texts

The original of the present Convention, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

Done at New York, this 21st day of May one thousand nine hundred and ninety-seven.

reront après le dépôt du trente-cinquième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant le dépôt par cet État ou cette organisation d'intégration économique régionale de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

3. Aux fins des paragraphes 1 et 2, un instrument déposé par une organisation d'intégration économique régionale ne sera pas considéré comme s'ajoutant à ceux déposés par les États.

Article 37

Textes authentiques

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé la présente Convention.

Fait à New York, le 21 mai mil neuf cent quatre-vingt-dix-sept.

oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch den Staat oder die Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration in Kraft.

(3) Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Staaten hinterlegten Urkunden.

Artikel 37

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu New York am 21. Mai 1997.

Annex
Arbitration

Article 1

Unless the parties to the dispute otherwise agree, the arbitration pursuant to article 33 of the Convention shall take place in accordance with articles 2 to 14 of the present annex.

Article 2

The claimant party shall notify the respondent party that it is referring a dispute to arbitration pursuant to article 33 of the Convention. The notification shall state the subject matter of arbitration and include, in particular, the articles of the Convention, the interpretation or application of which are at issue. If the parties do not agree on the subject matter of the dispute, the arbitral tribunal shall determine the subject matter.

Article 3

1. In disputes between two parties, the arbitral tribunal shall consist of three members. Each of the parties to the dispute shall appoint an arbitrator and the two arbitrators so appointed shall designate by common agreement the third arbitrator, who shall be the Chairman of the tribunal. The latter shall not be a national of one of the parties to the dispute or of any riparian State of the watercourse concerned, nor have his or her usual place of residence in the territory of one of these parties or such riparian State, nor have dealt with the case in any other capacity.

2. In disputes between more than two parties, parties in the same interest shall appoint one arbitrator jointly by agreement.

3. Any vacancy shall be filled in the manner prescribed for the initial appointment.

Article 4

1. If the Chairman of the arbitral tribunal has not been designated within two months of the appointment of the second arbitrator, the President of the International Court of Justice shall, at the request of a party, designate the Chairman within a further two-month period.

2. If one of the parties to the dispute does not appoint an arbitrator within two months of receipt of the request, the other party may inform the President of the International Court of Justice, who shall make the designation within a further two-month period.

Article 5

The arbitral tribunal shall render its decisions in accordance with the provisions of this Convention and international law.

Annexe
Arbitrage

Article premier

À moins que les parties au différend n'en décident autrement, il est procédé à l'arbitrage prévu à l'article 33 de la Convention conformément aux articles 2 à 14 de la présente annexe.

Article 2

La partie requérante notifie à la partie défenderesse qu'elle renvoie un différend à l'arbitrage conformément à l'article 33 de la Convention. La notification indique l'objet de l'arbitrage et notamment les articles de la Convention dont l'interprétation ou l'application font l'objet du différend. Si les parties ne s'accordent pas sur l'objet du différend avant la désignation du Président du Tribunal arbitral, c'est ce dernier qui le détermine.

Article 3

1. En cas de différend entre deux parties, le Tribunal arbitral est composé de trois membres. Chacune des parties au différend nomme un arbitre; les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre, qui assume la présidence du Tribunal. Ce dernier ne doit pas être ressortissant de l'une des parties au différend ou d'un État riverain du cours d'eau concerné, ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'une de ces parties ou d'un tel État riverain, ni s'être déjà occupé de l'affaire à quelque autre titre.

2. En cas de différend entre plus de deux parties, les Parties ayant le même intérêt désignent un arbitre d'un commun accord.

3. En cas de vacance, il est pourvu à la vacance selon la procédure prévue pour la nomination initiale.

Article 4

1. Si, dans un délai de deux mois après la nomination du deuxième arbitre, le Président du Tribunal arbitral n'est pas désigné, le Président de la Cour internationale de Justice procède, à la requête d'une partie, à sa désignation dans un nouveau délai de deux mois.

2. Si, dans un délai de deux mois après réception de la requête, l'une des parties au différend n'a pas procédé à la nomination d'un arbitre, l'autre partie peut saisir le Président de la Cour internationale de Justice, qui procède à la désignation dans un nouveau délai de deux mois.

Article 5

Le Tribunal arbitral rend ses décisions conformément aux dispositions de la présente Convention et au droit international.

Anlage
Schiedsverfahren

Artikel 1

Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, wird das Schiedsverfahren nach Artikel 33 des Übereinkommens in Übereinstimmung mit den Artikeln 2 bis 14 dieser Anlage durchgeführt.

Artikel 2

Die antragstellende Partei notifiziert der beklagten Partei, dass sie die Streitigkeit nach Artikel 33 des Übereinkommens einem Schiedsverfahren unterwirft. In der Notifikation sind der Gegenstand des Schiedsverfahrens und insbesondere die Artikel des Übereinkommens zu nennen, deren Auslegung oder Anwendung strittig ist. Können sich die Parteien nicht über den Streitgegenstand einigen, so legt das Schiedsgericht den Gegenstand fest.

Artikel 3

(1) In Streitigkeiten zwischen zwei Parteien besteht das Schiedsgericht aus drei Mitgliedern. Jede der Streitparteien bestellt einen Schiedsrichter, und die beiden so bestellten Schiedsrichter ernennen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der Vorsitzender des Schiedsgerichts wird. Dieser darf nicht Staatsangehöriger einer der Streitparteien oder eines Anrainerstaats des betreffenden Wasserlaufs sein, nicht seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer dieser Parteien oder dieses Anrainerstaats haben und sich in keiner anderen Eigenschaft mit der Streitigkeit befasst haben.

(2) In Streitigkeiten zwischen mehr als zwei Parteien bestellen die Parteien mit demselben Interesse einvernehmlich einen Schiedsrichter.

(3) Freigewordene Sitze werden in der für die erste Bestellung vorgeschriebenen Weise besetzt.

Artikel 4

(1) Ist der Vorsitzende des Schiedsgerichts innerhalb von zwei Monaten nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters nicht ernannt, so ernannt ihn der Präsident des Internationalen Gerichtshofs auf Ersuchen einer der Parteien innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten.

(2) Hat eine der Streitparteien innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Ersuchens einen Schiedsrichter nicht bestellt, so kann die andere Partei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs davon in Kenntnis setzen, der die Ernennung innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten vornimmt.

Artikel 5

Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen und dem Völkerrecht.

Article 6

Unless the parties to the dispute otherwise agree, the arbitral tribunal shall determine its own rules of procedure.

Article 6

Sauf si les parties au différend en décident autrement, le Tribunal arbitral établit ses propres règles de procédure.

Artikel 6

Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, gibt sich das Schiedsgericht eine Verfahrensordnung.

Article 7

The arbitral tribunal may, at the request of one of the Parties, recommend essential interim measures of protection.

Article 7

À la demande de l'une des parties, le Tribunal arbitral peut recommander les mesures conservatoires indispensables.

Artikel 7

Das Schiedsgericht kann auf Ersuchen einer der Parteien unerlässliche einstweilige Schutzmaßnahmen empfehlen.

Article 8

1. The parties to the dispute shall facilitate the work of the arbitral tribunal and, in particular, using all means at their disposal, shall:

(a) Provide it with all relevant documents, information and facilities; and

(b) Enable it, when necessary, to call witnesses or experts and receive their evidence.

2. The parties and the arbitrators are under an obligation to protect the confidentiality of any information they receive in confidence during the proceedings of the arbitral tribunal.

Article 8

1. Les parties au différend facilitent les travaux du Tribunal arbitral et, en particulier, utilisent tous les moyens à leur disposition pour:

a) Fournir au Tribunal tous les documents, renseignements et facilités nécessaires;

b) Permettre au Tribunal, en cas de besoin, de faire comparaître des témoins ou des experts et de recueillir leur déposition.

2. Les parties et les arbitres sont tenus de conserver le caractère confidentiel de tout renseignement qu'ils obtiennent confidentiellement au cours des audiences du Tribunal arbitral.

Artikel 8

(1) Die Schiedsparteien erleichtern die Arbeit des Schiedsgerichts und werden insbesondere mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln

a) ihm alle sachdienlichen Schriftstücke vorlegen, Erleichterungen einräumen und Auskünfte erteilen und

b) ihm die Möglichkeit geben, soweit nötig Zeugen oder Sachverständige zu laden und ihre Aussagen einzuholen.

(2) Die Parteien und die Schiedsrichter sind verpflichtet, die Vertraulichkeit aller ihnen während der Verhandlungen des Schiedsgerichts vertraulich erteilten Auskünfte zu wahren.

Article 9

Unless the arbitral tribunal determines otherwise because of the particular circumstances of the case, the costs of the tribunal shall be borne by the parties to the dispute in equal shares. The tribunal shall keep a record of all its costs, and shall furnish a final statement thereof to the parties.

Article 9

À moins que le Tribunal arbitral n'en décide autrement du fait des circonstances particulières de l'affaire, les frais du Tribunal sont pris en charge, à parts égales, par les Parties au différend. Le Tribunal tient un relevé de tous ses frais et en fournit un état final aux Parties.

Artikel 9

Sofern das Schiedsgericht nicht wegen der besonderen Umstände des Einzelfalles etwas anderes beschließt, werden die Kosten des Gerichts von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht führt über alle seine Kosten Buch und legt den Parteien eine Schlussabrechnung vor.

Article 10

Any Party that has an interest of a legal nature in the subject matter of the dispute which may be affected by the decision in the case, may intervene in the proceedings with the consent of the tribunal.

Article 10

Toute partie ayant, en ce qui concerne l'objet du différend, un intérêt d'ordre juridique susceptible d'être affecté par la décision peut intervenir dans la procédure avec le consentement du Tribunal.

Artikel 10

Jede Vertragspartei, die an dem Streitgegenstand ein rechtliches Interesse hat, das durch die Entscheidung des Falles berührt werden könnte, kann mit Zustimmung des Gerichts dem Verfahren beitreten.

Article 11

The tribunal may hear and determine counterclaims arising directly out of the subject matter of the dispute.

Article 11

Le Tribunal peut connaître et décider des demandes reconventionnelles directement liées à l'objet du différend.

Artikel 11

Das Gericht kann über Widerklagen, die mit dem Streitgegenstand unmittelbar im Zusammenhang stehen, verhandeln und entscheiden.

Article 12

Decisions both an procedure and substance of the arbitral tribunal shall be taken by a majority vote of its members.

Article 12

Les décisions du Tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres.

Artikel 12

Das Gericht entscheidet sowohl in verfahrensrechtlichen als auch in materiellen Fragen mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

Article 13

If one of the parties to the dispute does not appear before the arbitral tribunal or fails to defend its case, the other party may request the tribunal to continue the proceedings and to make its award. Absence of a party or a failure of a party to defend

Article 13

Si l'une des parties au différend ne se présente pas devant le Tribunal arbitral ou ne défend pas sa cause, l'autre partie peut demander au Tribunal de poursuivre la procédure et de prononcer sa décision. Le fait qu'une des parties ne se soit pas pré-

Artikel 13

erscheint eine der Streitparteien nicht vor dem Schiedsgericht oder unterlässt sie es, sich zur Sache zu äußern, so kann die andere Partei das Gericht ersuchen, das Verfahren fortzuführen und seinen Schiedsspruch zu fällen. Abwesenheit oder Ver-

its case shall not constitute a bar to the proceedings. Before rendering its final decision, the arbitral tribunal must satisfy itself that the claim is well founded in fact and law.

Article 14

1. The tribunal shall render its final decision within five months of the date on which it is fully constituted unless it finds it necessary to extend the time limit for a period which should not exceed five more months.

2. The final decision of the arbitral tribunal shall be confined to the subject matter of the dispute and shall state the reasons on which it is based. It shall contain the names of the members who have participated and the date of the final decision. Any member of the tribunal may attach a separate or dissenting opinion to the final decision.

3. The award shall be binding on the parties to the dispute. It shall be without appeal unless the parties to the dispute have agreed in advance to an appellate procedure.

4. Any controversy which may arise between the parties to the dispute as regards the interpretation or manner of implementation of the final decision may be submitted by either party for decision to the arbitral tribunal which rendered it.

sentée devant le Tribunal ou se soit abstenue de faire valoir ses droits ne fait pas obstacle à la procédure. Avant de prononcer sa sentence définitive, le Tribunal arbitral doit s'assumer que la demande est fondée dans les faits et en droit.

Article 14

1. Le Tribunal prononce sa sentence définitive au plus tard cinq mois à partir de la date à laquelle il a été créé, à moins qu'il n'estime nécessaire de prolonger ce délai pour une période qui ne devrait pas excéder cinq mois supplémentaires.

2. La sentence définitive du Tribunal arbitral est limitée à la question qui fait l'objet du différend et est motivée. Elle contient les noms des membres qui ont participé au délibéré et la date à laquelle elle a été prononcée. Tout membre du Tribunal peut y annexer un avis distinct ou une opinion divergente.

3. La sentence est obligatoire pour les parties au différend. Elle est sans appel, à moins que les parties ne se soient entendues d'avance sur une procédure d'appel.

4. Tout différend qui pourrait surgir entre les parties au différend concernant l'interprétation ou l'exécution de la sentence peut être soumis par l'une des parties au Tribunal arbitral qui l'a rendue.

säumnis einer Partei, sich zur Sache zu äußern, stellt kein Hindernis für das Verfahren dar. Bevor das Schiedsgericht seine endgültige Entscheidung fällt, muss es sich vergewissern, dass das Begehren in tatsächlicher und in rechtlicher Hinsicht begründet ist.

Artikel 14

(1) Das Schiedsgericht fällt seine endgültige Entscheidung innerhalb von fünf Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem es vollständig gebildet wurde; hält es jedoch eine Verlängerung dieser Frist für notwendig, so darf diese weitere fünf Monate nicht überschreiten.

(2) Die endgültige Entscheidung des Schiedsgerichts hat sich auf den Streitgegenstand zu beschränken und ist zu begründen. Sie enthält die Namen der Mitglieder, die teilgenommen haben, sowie das Datum der endgültigen Entscheidung. Jedes Mitglied des Gerichts kann der endgültigen Entscheidung eine Darlegung seiner persönlichen oder abweichenden Meinung beifügen.

(3) Der Schiedsspruch ist für die Streitparteien bindend. Er unterliegt keinem Rechtsmittel, sofern nicht die Streitparteien vorher ein Rechtsmittelverfahren vereinbart haben.

(4) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien über die Auslegung oder Durchführung der endgültigen Entscheidung können von jeder Partei dem Schiedsgericht, das die Entscheidung gefällt hat, zur Entscheidung vorgelegt werden.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Allgemeines

Durch die Verabschiedung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über das Recht der nichtschiffahrtlichen Nutzung internationaler Wasserläufe am 21. Mai 1997 ist ein über ein Vierteljahrhundert dauernder Verhandlungsprozess abgeschlossen worden.

Am 8. Dezember 1970 hatte die Generalversammlung die Völkerrechtskommission mit der Ausarbeitung eines Übereinkommens beauftragt. Auf der Grundlage von Artikel 13 Abs. 1A der Charta der Vereinten Nationen sollte über die Möglichkeiten der Kodifizierung und Weiterentwicklung des bisher ungeschriebenen Völkerrechts beraten werden. Im Jahre 1991 verabschiedete die Völkerrechtskommission in erster Lesung einen Übereinkommensentwurf, im Jahre 1994 legte sie der Generalversammlung einen zweiten Übereinkommensentwurf vor.

Die Generalversammlung beauftragte daraufhin ihren sechsten Ausschuss mit der Fertigstellung eines Rahmenübereinkommens. Im April 1997 konnte die Arbeitsgruppe diesen Auftrag erfolgreich abschließen. Aber auch nach einem 26 Jahre dauernden Verhandlungsprozess erschien eine Annahme des Übereinkommens im Wege des (positiven) Konsenses nicht sicher. Deshalb entschloss sich eine Staatengruppe, der auch die Bundesrepublik Deutschland angehörte, den Übereinkommensentwurf zur Abstimmung zu stellen. Sowohl im sechsten Ausschuss der 51. Generalversammlung als auch kurze Zeit später im Plenum der Generalversammlung ist der Übereinkommensentwurf sodann mit großer Mehrheit (103 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen – Burundi, China und Türkei – und 27 Enthaltungen – darunter Frankreich –) angenommen worden.

Das Übereinkommen lag bis zum 21. Mai 2000 zur Zeichnung auf. Insgesamt 16 Staaten, darunter am 13. August 1998 die Bundesrepublik Deutschland, haben das Übereinkommen bis zu diesem Tage unterzeichnet. In Kraft treten wird das Übereinkommen neunzig Tage nach Hinterlegung der 35. Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde; bislang liegen 14 solcher Urkunden vor (Stand: 15. November 2005).

Deutschland erfüllt die durch das Übereinkommen begründeten Verpflichtungen bereits jetzt vollständig. Deshalb bedarf es zu seiner Umsetzung keiner weiteren Rechtsänderungen.

II. Zu den einzelnen Artikeln

Artikel 1

Artikel 1 legt den Geltungsbereich des Übereinkommens fest. Anders als der Name des Übereinkommens vermuten lassen könnte, findet das Übereinkommen nicht nur auf die nichtschiffahrtliche Nutzung, sondern auch auf die damit zusammenhängenden Schutz-, Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen Anwendung. Der

schiffahrtliche Bereich ist von dem Übereinkommen nur insofern umfasst, als Wechselwirkungen mit der sonstigen Nutzung der internationalen Wasserläufe bestehen.

Artikel 2

Artikel 2 definiert die Begriffe „Wasserlauf“, „internationaler Wasserlauf“, „Wasserlaufstaat“ und „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“.

Artikel 3

Artikel 3 regelt das Verhältnis dieses Rahmenübereinkommens zu anderen bestehenden und zu künftigen Abkommen oder Übereinkommen. Soweit keine anders lautenden Vereinbarungen bestehen, lässt das Übereinkommen die Rechte und Verpflichtungen aus bestehenden völkerrechtlichen Vereinbarungen unberührt. Die Wasserlaufstaaten können zudem weitere völkerrechtliche Übereinkünfte abschließen, um die Regelungen des Rahmenübereinkommens auf die Merkmale und Nutzungen bestimmter internationaler Wasserläufe oder Teile davon anzuwenden.

Artikel 4

Artikel 4 bestimmt, dass jede Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet ein Teil eines internationalen Wasserlaufs gelegen ist, an Verhandlungen über Verträge, die den gesamten Wasserlauf betreffen, teilnehmen und Vertragspartei werden kann.

Artikel 5

Artikel 5 formuliert eines der beiden Kernprinzipien des Übereinkommens: die Verpflichtung der Vertragsparteien, die in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet vorhandenen internationalen Wasserläufe in ausgewogener und angemessener Weise zu nutzen. Zudem enthält die Vorschrift die allgemeine Verpflichtung zur Zusammenarbeit bei der Nutzung, der Entwicklung und dem Schutz der betroffenen Wasserläufe.

Über diesen Kernsatz hat es in der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen jahrelange und ausführliche Debatten gegeben. Je nach ihrer geographischen Lage haben die Staaten die so genannte absolute Souveränitätstheorie oder die so genannte absolute Integritätstheorie vertreten. Nach Auffassung der Vertreter der absoluten Souveränitätstheorie (insbesondere die flussaufwärts liegenden Staaten) sei jeder Staat berechtigt, das gesamte auf seinem Staatsgebiet befindliche Süßwasser uneingeschränkt für sich zu nutzen, ohne auf die Konsequenzen für die flussabwärts liegenden Wasserlaufstaaten Rücksicht nehmen zu müssen. Demgegenüber betrachten die Vertreter der absoluten Integritätstheorie (insbesondere die flussabwärts liegenden Staaten) das Wasser jedes internationalen Wasserlaufs als gemeinsames Gut aller Wasserlaufstaaten, das vollkom-

men ungehindert bei ihnen ankommen müsse. Letztendlich hat sich ein vermittelnder Ansatz durchgesetzt, der nunmehr den Grundsatz der Kooperation in den Vordergrund stellt.

Artikel 6

Artikel 6 nennt Faktoren, nach denen eine ausgewogene und angemessene Nutzung internationaler Wasserläufe auszurichten ist; die Aufzählung ist nicht abschließend. Bei der Beurteilung dessen, was im konkreten Fall unter einer angemessenen und ausgewogenen Nutzung zu verstehen ist, sind alle maßgeblichen Faktoren gemeinsam zu prüfen und abzuwägen. Entscheidungen sind auf der Grundlage der Gesamtheit der Faktoren zu treffen.

Artikel 7

Artikel 7 enthält das zweite Kernprinzip des Übereinkommens und tritt flankierend neben Artikel 5. Nach Artikel 7 Abs. 1 sind die Wasserlaufstaaten verpflichtet, bei der Nutzung eines internationalen Wasserlaufs in ihrem Hoheitsgebiet alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass anderen Wasserlaufstaaten beträchtlicher Schaden zugefügt wird. Sollte einem anderen Wasserlaufstaat dennoch ein beträchtlicher Schaden entstehen, so hat der verursachende Staat in Konsultationen mit dem betroffenen Staat zu treten und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Schaden zu beheben oder abzumildern und gegebenenfalls eine Entschädigung zu vereinbaren.

Artikel 8 bis 10

Artikel 8 und 9 des Übereinkommens regeln die Modalitäten der Zusammenarbeit und des Austausches von Daten und Informationen. Artikel 10 bestimmt, dass keine Nutzungsart eines internationalen Wasserlaufs von vornherein Vorrang vor anderen Nutzungen hat. Der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen (z. B. Versorgung mit Trinkwasser) ist allerdings besondere Bedeutung zu schenken.

Artikel 11 bis 19

Artikel 11 bis 18 des Übereinkommens beschreiben für geplante Maßnahmen den Ablauf des Informations- und Konsultationsverfahrens. Artikel 19 stellt sicher, dass durch diese Verfahrensvorschriften nicht Maßnahmen von äußerster Dringlichkeit verzögert werden.

Artikel 20 bis 26

Artikel 20 bis 23 verpflichten die Wasserlaufstaaten dazu, einzeln oder gemeinsam die Ökosysteme internationaler

Wasserläufe zu erhalten, Verschmutzungen eines internationalen Wasserlaufs zu verhüten und zu verringern, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Einbringen fremder oder neuer schädlicher Arten zu vermeiden und die Meeresumwelt zu schützen. Nach Artikel 24 sollen auf Ersuchen eines der Wasserlaufstaaten Konsultationen über die Bewirtschaftung eines internationalen Wasserlaufs abgehalten und gegebenenfalls gemeinsame Bewirtschaftungsmechanismen vereinbart werden. Artikel 25 hält die Wasserlaufstaaten an, auch im Bereich der Wasserregulierung zusammenzuarbeiten.

Artikel 27 und 28

Artikel 27 verpflichtet alle Wasserlaufstaaten zur Verhütung oder Vermeidung von Schadensfällen. Artikel 28 macht Vorgaben für das Verhalten in Notsituationen.

Artikel 29 bis 32

Artikel 29 verweist zum Schutz internationaler Wasserläufe und damit zusammenhängender Installationen auf die in bewaffneten Konflikten geltenden völkerrechtlichen Grundsätze und Regelungen. Artikel 30 sieht für bestimmte Situationen, in denen einem direkten Kontakt zwischen den Wasserlaufstaaten ernsthafte Hindernisse entgegenstehen, ein indirektes Verfahren zur Zusammenarbeit vor. Artikel 31 stellt klar, dass solche Daten und Informationen nicht bereitgestellt werden müssen, die für die nationale Verteidigung oder Sicherheit von wesentlicher Bedeutung sind. Artikel 32 formuliert einen Nichtdiskriminierungsgrundsatz beim Schadensausgleich.

Artikel 33

Artikel 33 macht Vorgaben für die Beilegung von im Zusammenhang mit dem Übereinkommen auftretenden Streitigkeiten.

Artikel 34 bis 37

Artikel 34 bis 37 enthalten die üblichen Schlussklauseln über die Unterzeichnung, die Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder den Beitritt, das Inkrafttreten und die verbindlichen Wortlaute.

Anlage zu dem Übereinkommen

In der einzigen Anlage des Übereinkommens finden sich nähere Ausführungen über den Ablauf des in Artikel 33 des Übereinkommens vorgesehenen Schiedsverfahrens als Mittel der friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten.